

GESCHÄFTSBERICHT DER FREIEN DEMOKRATEN

2021 – 2023

***GESCHÄFTS-
BERICHT
DER FREIEN
DEMOKRATEN
2021
BIS
2023***

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,
liebe Freunde und Verbündete der
Freien Demokraten,

„Als FDP wollen wir zum ersten Mal ein zweistelliges Wahlergebnis bei aufeinander folgenden Bundestagswahlen wiederholen. Und wir wollen die Zukunft in Regierungsverantwortung mitgestalten“: Gemeinsam können wir stolz auf die vergangenen zwei Jahre und diese auch im letzten Geschäftsbericht niedergelegten Ziele zurückblicken. Bei der Bundestagswahl 2021 und mit der Bildung einer Regierungskoalition haben wir alle zusammen große Erfolge errungen. Das wäre ohne Ihr Engagement nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank dafür!

„Die Zeiten ändern wir“: Das haben wir als Teil der Bundesregierung bewiesen. Vor allem die Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat unseren vollen Einsatz erfordert: Wir unterstützen die Ukraine finanziell, logistisch und militärisch nachhaltig und in Abstimmung mit unseren Verbündeten. Den volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Wladimir Putins Energiekrieg sind wir mit kraftvollen Maßnahmen begegnet. Die drei maßgeblich von der FDP vorangebrachten Entlastungspakete dämpfen die Krise und sichern Wohlstand und Investitionsperspektiven.

Trotz dieser enormen Kraftanstrengungen treiben wir unsere Modernisierungsagenda voran: Das BAföG ist moderner, digitaler und flexibler. Das Deutschlandticket ist die größte Reform des ÖPNV in der deutschen Geschichte. Wir machen Schluss mit dem XXL-Bundestag und sorgen mit Quick Freeze für zeitgemäße und effektive Strafverfolgung. Ob digitale Kfz-Anmeldungen, Steuererklärungen oder Verfahren in der Justiz: Wir schaffen sichtbare Fortschritte bei der Digitalisierung. Und wir machen mit dem Generationenkapital die Rente zukunftsfest.

Auch die Partei modernisieren wir in den Strukturen und Formaten kontinuierlich weiter: Mit Christian Lindners „CL+“ und Bijan Djir-Sarais „freigesprach“ sind zwei erfolgreiche Podcasts an den Start gegangen. Unsere FDP-App wird fortgesetzt weiterentwickelt und bietet zum Beispiel einen einfachen Zugriff auf unsere Argumente-Papiere. Bei „Neu@FDP“ diskutieren regelmäßig Mitglieder des Bundesvorstandes mit neuen Parteimitgliedern über aktuelle Themen, und unsere Bundesfachausschüsse konnten wir strukturell stärken. Eine Mitgliedschaft in der FDP ist attraktiv: In den vergangenen fünf Jahren sind wir Netto um über 12.000 Mitglieder gewachsen und dabei jünger geworden. Und die Vielfalt in den Führungsgremien des Bundesverbandes hat sich im Berichtszeitraum deutlich erhöht. So liegt etwa der Frauenanteil im Bundesvorstand oder bei den Leitungen der Bundesfachausschüsse bei deutlich über 40 Prozent.

Eine starke und moderne FDP wird gerade auch bei den vor uns liegenden politischen Herausforderungen gebraucht: Die Zinswende ist die Zeitenwende in der Finanzpolitik. Die Zeit der günstigen Staatsverschuldung ist vorbei. Ohne Rückbesinnung auf solides Haushalten würden Zinsrisiken weiter steigen, Inflation angeheizt und zukünftigen Generationen große Lasten aufgebürdet. Wir setzen den Kampf für Technologieoffenheit und gegen pauschale Verbote fort. Der Wirtschaftsstandort Deutschland muss u. a. durch Wachstumsimpulse und einen schnelleren Bau von Infrastrukturen gestärkt werden. Diese und weitere Vorhaben schaffen wir nur gemeinsam: mit Geschlossenheit, Mut und Zuversicht. In diesem Sinne: Auf einen erfolgreichen Bundesparteitag!



Michael Zimmermann
Bundesgeschäftsführer

INHALTSVERZEICHNIS

Präsidium und Bundesvorstand	6
Haushalts- und Finanzkommission	8
Bundessatzungsausschuss	8
Bundesschiedsgericht	9
Sitzungs der HGFs	9
Liberaler Parteiservice	10
ALDE Partei	11
EP Delegation	12
Liberal International	15
Bundesfachausschuss	
Arbeit und Soziales	18
Bau und Wohnen	19
Bildung, Forschung und Technologie	21
Digitale Agenda, Internet und Medien	22
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	23
Finanzen, Steuern und Haushalt	25
Gesundheit	28
Internationale Politik	30
Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz	33
Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	35
Klima und Energie	36
Kultur	37
Landwirtschaft und Ernährung	38
Sport	39
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	40
Verkehr	41
Wirtschaft und Mittelstand	42
Kommission Freiheit und Ethik	44
AG Parteientwicklung	45
AG Chancen durch Vielfalt	45
Bundesverband Junge Liberale	47
Bundesverband Liberaler Mittelstand	49
Bundesvereinigung Liberale Frauen	50
Bundesverband Liberale Senioren	51
Bundesverband Liberale Hochschulgruppen	52
Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker	53
Bundesvereinigung Liberaler Schwulen und Lesben	54
Wahlergebnisse 2021 bis 2023	56
Mitgliederentwicklung	57
Organisationsplan Bundesgeschäftsstelle	58



**KEINE MACHT
DER WELT KANN
MENSCHENWÜRDE
UND FREIHEIT
AUF DAUER STOPPEN.**

HANS-DIETRICH
GENSCHER

PRÄSIDIUM UND BUNDESVORSTAND

Insgesamt trat das Präsidium zu 40 Sitzungen (bis einschl. April 2023) sowie zu zwei Klausurtagungen zusammen. Der Bundesvorstand trat zu 29 Sitzungen (bis einschl. April 2023), sowie zu einer Klausurtagung zusammen. Die Gremiensitzungen wurden in hybrider Form durchgeführt.

Dem Bundesvorstand gehörten von Mai 2021 bis April 2023 an:

Präsidium

Christian Lindner	Bundvorsitzender
Wolfgang Kubicki	stellv. Bundvorsitzender
Nicola Beer	stellv. Bundvorsitzende
Johannes Vogel	stellv. Bundvorsitzende
Harald Christ	Bundesschatzmeister (bis 04/2022)
Michael Link	Bundesschatzmeister (seit 04/2022)
Michael Theurer	Beisitzer
Bettina Stark-Watzinger	Beisitzerin
Dr. Lydia Hüskens	Beisitzerin
Bijan Djir-Sarai	Generalsekretär (seit 04/2022)
Moritz Körner	Vertreter der FDP-Mitglieder in der Fraktion „Renew Europe“ im Europäischen Parlament
Christian Dürr	Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion (seit 12/2021)
Dr. Hermann Otto Solms	Ehrenvorsitzender

Ständige Gäste im Präsidium

Dr. Volker Wissing	Bundesminister für Digitales und Verkehr (seit 12/2021) Generalsekretär (bis 12/2021)
Dr. Marco Buschmann	Vertreter der FDP-Bundestagsfraktion (bis 12/2021) Bundesminister der Justiz (seit 12/2021)
Dr. Hans-Ulrich Rülke	Sprecher der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz
Daniela Schmitt	Ministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz
Dr. Heinrich Garg	Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein (bis 11/2022)
Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué	Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Walter Eschweiler	Bevollmächtigter des Bundesschatzmeisters (bis 12/2022)
Jan Packebusch	Bevollmächtigter des Bundesschatzmeisters (seit 01/2023)
Michael Zimmermann	Bundesgeschäftsführer
Dr. Stefan Naas	Spitzenkandidat der FDP Hessen (seit 12/2022)
Martin Hagen	Spitzenkandidat der FDP Bayern (seit 11/2022)
Thore Schäck	Spitzenkandidat der FDP Bremen (seit 09/2022)
Sebastian Czaja	Spitzenkandidat der FDP Berlin (bis 02/2023)
Dr. Stefan Birkner	Spitzenkandidat der FDP Niedersachsen (bis 10/2022)
Dr. Bernd Buchholz	Spitzenkandidat der FDP Schleswig-Holstein (bis 05/2022)
Angelika Hießerich-Peter	Spitzenkandidatin der FDP Saarland (bis 03/2022)

Mitglieder im Bundesvorstand

Renata Alt
Dr. Stefan Birkner
Franziska Brandmann
Sylvia Bruns
René Domke
Dr. Marcus Faber
Otto Fricke
Yvonne Gebauer
Martin Hagen
Torsten Herbst
Katja Hessel

Dr. Maren Jasper-Winter
Gyde Jensen
Pascal Kober
Dr. Lukas Köhler
Michael Kruse
Konstantin Kuhle
Oliver Luksic
Moritz Promny
Christof Rasche
René Rock
Daniela Schmitt

Ria Schröder
Susanne Schütz
Judith Skudelny
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Linda Teuteberg
Jens Teutrine
Dr. Florian Toncar
Christopher Vogt
Sandra Weeser
Lencke Wischhusen

Kooptierte Mitglieder im Bundesvorstand

Kai Abruszat (seit 10/2021)
Nemir Ali (seit 11/2021)
Tabea Gandelheidt (bis 01/2022)
Jacqueline Krüger

Benjamin Kurtz (seit 01/2022)
Laura Staudacher (bis 11/2021)
Judith Pirscher (bis 10/2021)
Detlef Parr

Ständige Gäste im Bundesvorstand

Zyon Braun (seit 12/2021)
Tina de Meeus (bis 06/2022)
Manfred Eisenbach
Daniel Föst (bis 11/2021)
Dr. Heinrich Garg (bis 11/2022)
Dr. Christopher Gohl
Prof. Dr. Frank Hoffmeister (seit 06/2022)
Manuel Höferlin
Henning Höne (seit 01/2023)
Michael Kauch

Oliver Kumbartzky (seit 11/2022)
Alexander Graf Lambsdorff
Marc Naether (bis 11/2021)
Dr. Anita Maaß
Christoph Meyer
Frank Müller-Rosentritt (bis 11/2021)
Thore Schäck
Dr. Joachim Stamp (bis 01/2023)
Annett Witte (seit 11/2021)

Wahlprüfungsausschuss

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung des Bundesparteitages. Weiter prüft er vor Beginn des Parteitages die Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten der Landesverbände anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfung vor dem 73. und 74. Ordentlichen Bundesparteitag, dem außerordentlichen Bundesparteitag im September 2021 und dem außerordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2021 in Berlin vorgenommen und keine Beanstandungen festgestellt.

Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses waren:

Carsten Biesok	Vorsitzender	Friedrich Ohnesorge	Stellv. Mitglied
Otto Fricke	Mitglied	Roland Eibold	Stellv. Mitglied
Bodo Chemnitz	Mitglied	Michael Reichelt	Stellv. Mitglied
Katja Hessel	Mitglied	Gabriele Heise	Stellv. Mitglied
Sebastian Haag	Mitglied	Dr. Hans-Günther Oberlack	Stellv. Mitglied
Dr. Gero Hocker	Mitglied		

HAUSHALTS- UND FINANZKOMMISSION 2021 BIS 2022

Vorsitz Harald Christ / Michael Georg Link

Gemäß § 2 der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbandes wählt der Bundesvorstand für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission. Sie besteht aus mindestens fünf und höchstens elf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist kraft seines Amtes zugleich Vorsitzender dieser Kommission. Die Kommission tagte unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeisters, Harald Christ, am 25.10.2021 sowie unter

dem Bundesschatzmeister Michael Georg Link am 10.10.2022 in Berlin. Gegenstand der Beratungen waren die aktuelle und mittelfristige Finanzplanung. Mitglieder der vom Bundesvorstand gewählten Kommission in der Berichtsperiode für 2021 waren: Otto Fricke, Christian Grascha, Dr. Klaus von Lindeiner, Michael Georg Link, Bettina Stark-Watzinger und Roland Werner sowie in 2022 Otto Fricke, Christian Grascha, Dr. Klaus von Lindeiner, Daniela Schmidt, Judith Skudelny und Bettina Stark-Watzinger. •

BUNDESSATZUNGSAUSSCHUSS

Vorsitz: Michael Reichelt

Der Bundessatzungsausschuss hat die Aufgabe, auf Anforderung des Bundesvorstands, des Bundesschiedsgerichts, der Landesvorstände, der Landesschiedsgerichte und der Landessatzungsausschüsse zu begutachten, wie eine Bestimmung der Bundessatzung oder einer Landessatzung auszulegen und ob die Bestimmung einer Landessatzung mit der Bundessatzung vereinbar ist.

Seit 1. Januar 2016 wird der Bundessatzungsausschuss von Michael Reichelt als Vorsitzenden und Patrick Aroara als Stellvertreter geleitet. Die aktuelle Amtsperiode dauert noch bis zum 31. Dezember 2023. Auf dem 74. Ordentlichen Bundesparteitag steht die Neuwahl der Führungspositionen für die folgende Amtsperiode von 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2027 an.

Ein Schwerpunkt der Ausschusstätigkeit im zurückliegenden zweijährigen Berichtszeitraum war erneut die Modernisierung und die damit einhergehende Digitalisierung der Parteiarbeit sowie die Durchführung elektronischer Wahlen. Dabei beschloss der Bundessatzungsausschuss u.a., dass er digitale Parteitage und Mitgliederversammlungen aufgrund der vorhandenen Satzungsbestimmungen (§§ 12 Abs. 2a, 28 Abs. 2 Bundessatzung) bereits nach der aktuellen Fassung des Parteiengesetzes für zulässig halte und auch parteiinterne Wahlen (Vorstand, Delegierte) mit einem geeigneten Abstimmungssystem digital durchgeführt werden dürfen (Beschluss vom 19. November 2022). Gegenstand der Beratungen war auch die – vom Bundessatzungsausschuss ebenfalls bejahte – Zulässigkeit des Einsatzes elektronischer Stimmgeräte auf Präsenzparteitagen und die Verfahrensbesonderheiten bei deren Einsatz. Wiederholt befasste sich der Bundessatzungsausschuss

mit dem Thema „Doppelspitzen“ im Vorsitz von Parteilgliederungen. Hierzu wurde u.a. festgestellt, dass die Bundessatzung deren Einführung auf Landesverbandsebene nicht entgegenstehe und sich die Zulässigkeit von Doppelspitzen auf Ebene der Untergliederungen nach der jeweiligen Landessatzung bestimme (Beschluss vom 19. Februar 2022). Ferner gab der Bundessatzungsausschuss Empfehlungen für die satzungsrechtliche Ausgestaltung von Doppelspitzen. Hier müsse die Versammlung muss vor der Wahl beschließen, ob ein/e oder zwei Vorsitzende zu wählen sind. Die Vorsitzenden seien in Einzelwahl zu wählen, wobei eine verbundene Einzelwahl zulässig sei (Beschluss vom 28. Januar 2023).

Weiterhin befasste sich der Bundessatzungsausschuss u.a. mit der Offenlegung von Mitgliederkontaktdaten gegenüber Mitgliedern ohne Parteiamt zur Wahrnehmung von Mitgliedsrechten (nun geregelt in § 10 Abs. 1 Buchst. f Datenschutzrichtlinie der FDP), der Mitgliedschaft außerhalb eines Wohnsitzkreisverbandes (§ 3 Abs. 4 Bundessatzung), der parteirechtlichen Einordnung und Anerkennung von Vorfeldorganisationen einschließlich der Anforderungen an diese, der Anpassung der Bundessatzung an die Datenschutz-Grundverordnung (nun geregelt in § 25a Bundessatzung), der Beendigung der Mitgliedschaft bei Konkurrenzkandidaturen (nun geregelt in § 5 Abs. 2 Bundessatzung) sowie der Veröffentlichung von Schiedsgerichtsentscheidungen.

Hinzukommt die Stellungnahme zu eingereichten Anträgen auf Änderung der Bundessatzung und die Begründung des Votums im Bundesvorstand und auf dem Bundesparteitag. Dies stellt eine regelmäßig wiederkehrende Aufgabe des Bundessatzungsausschusses dar. •

BUNDESSCHIEDSGERICHT

Präsident: Dr. Manuel Schütt

Beim Bundesschiedsgericht kam es im Berichtszeitraum zum Wechsel an der Spitze: Nach achtjähriger Tätigkeit als Präsidentin trat Mechthild Dyckmans nicht erneut zur Wahl an, ebenso ihr Stellvertreter Rainer Funke. Statt ihrer wählte der 72. Ordentlichen Bundesparteitag Dr. Manuel Schütt als Präsidenten und Daniela Masberg-Eikelau als seine Stellvertreterin. Beisitzerinnen wurden Annette Marberth-Kubicki (Rücktritt am 6. Juli 2022), Karin Hannappel und Carla Gosch; stellvertretende Beisitzer wurden Joachim Moritz (als Beisitzer nachgerückt am 6. Juli 2022), Claus Jäger, Dr. Ulrich Brink, Dr. Bernd Martin Groh, Bernhard Nüsch, Dr. Hans-Joachim Radisch, Dr. Rudolph Brosig und Michael Reichelt. Die Amtszeit des neu gewählten Bundesschiedsgerichts begann am 1. Januar 2022 und endet am 31. Dezember 2025.

Das Bundesschiedsgericht ist u. a. zuständig für Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei oder Streitigkeiten der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern. Seine Tätigkeit beruht auf § 14 Abs. 1 Parteiengesetz, nach dem zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Satzung Schiedsgerichte zu bilden sind.

Im Berichtszeitraum – der zu knapp einem Drittel noch in die Amtszeit des letzten Bundesschiedsgerichts fällt – wurden 28 Verfahren anhängig gemacht, wovon 25 abgeschlossen werden konnten (davon 22 durch begründete Endentscheidung; drei erledigten sich durch Beschwerderücknahme bzw. Austritt des Beschwerdeführers). Drei Verfahren sind noch anhängig (Stand: 26. März 2023). Zwölf Verfahren kamen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, sieben aus dem Landesverband Niedersachsen, vier aus dem Landesverband Baden-Württemberg und drei aus dem Landesverband Thüringen. Je ein Verfahren betraf die Auslandsgruppe Europa und die Bundespartei.

Die Verfahren befassten sich mit der Anfechtung von Wahlen und Beschlüssen von Parteitag (6) und Aufstellungsversammlungen (3), mit der Verhängung von Ordnungsmaßnahmen, wie z.B. Verweis, Amtsenthebung oder Ämtersperre (4), sowie mit Parteiausschlüssen wegen parteischädigenden Verhaltens (3). Weiterhin hatte das Bundesschiedsgericht über die Beendigung der Mitgliedschaft wegen Konkurrenz-kandidaturen (2), die datenschutzrechtliche Zulässigkeit offener Teilnahmelisten (2), die Ablehnung von Richtern eines Landesschiedsgerichts wegen Befangenheit (1), die Zulässigkeit einer Aufwandsspende (1) und die Anforderungen an ein Mitgliederbegehren sowie die Zulässigkeit von Anträgen bei Themenparteitagen (1) zu entscheiden. Mehrere Verfahren hatten Anträge auf Verweisung an ein anderes als das erstinstanzlich zuständige Landesschiedsgericht zum Gegenstand (5). •

SITZUNG DER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERINNEN UND HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER

Vorsitz: Michael Zimmermann

Die Runde der Hauptgeschäftsführer der Freien Demokraten trifft sich regelmäßig zu vier bis fünf Sitzungen pro Jahr. Sie setzt sich aus den Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführern der 16 Landesverbände, dem Bundesgeschäftsführer der Jungen Liberalen sowie weiteren Vertretern aus dem liberalen Umfeld zusammen. Den Vorsitz hat der Bundesgeschäftsführer Michael Zimmermann. Aufgabe der Runde ist es, die einzelnen Aktivitäten und Maßnahmen der Verbände und Institutionen abzustimmen und zu koordinieren, den Informationsfluss zu befördern und eine weitere Professionalisierung in allen Bereichen zu erreichen.

Dabei steht die Kampagnenplanung der Landtagswahlen oft im Zentrum der Beratungen. Weitere Punkte auf der Agenda der Sitzungen sind Lageberichte zu aktuellen politischen Situation auf landes- und bundespolitischer Ebene sowie Ausblicke auf aktuelle und anstehende Projekte, beispielsweise im Bereich „Digitales“. Der informelle Austausch über aktuelle politische und organisatorische Fragen darf natürlich nicht fehlen.

Des Weiteren beschäftigt sich die Runde regelmäßig mit rechtlichen Fragen zu Satzung und Parteienrecht und zu Beschlüssen der Landesschiedsgerichte sowie der Vorbereitung von Schatzmeistertagungen. Die Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführer stimmen sich zudem ab, inwieweit sich die Landesverbände gegenseitig bei den jeweiligen Wahlkämpfen unterstützen können.

LIBERALER PARTEI- SERVICE

Vorsitzender des LiPS-Beirates:
Michael Zimmermann
Geschäftsführender Koordinator:
Robert Unkelhüsser

Der Liberale Parteiservice ist eine Arbeitseinheit der Bundespartei und aller Landesverbände, um die Dienstleistungsfähigkeit der Partei durch größere Kooperation zwischen den Landesverbänden, durch Verlagerung von organisatorischen Aufgaben und durch Schaffung eines gemeinsamen Angebots für zentrale Dienstleistungen zu stärken. Bei der Gründung des Liberalen Parteiservice (LiPS) im Jahr 1999 stand die Einführung der EDV-Neuausstattung bzw. der Verbund der Landesverbände im Fokus, der sicherstellt, dass alle Landesgeschäftsstellen immer auf demselben technischen Niveau arbeiten und vernetzt sind.

Neben dem Schwerpunkt eines gemeinsamen EDV-Verwaltungsnetzes von Bundespartei und Landesverbänden ist ein weiterer Schwerpunkt des LiPS, der je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden getragen wird, die Verarbeitung der Buchhaltungsunterlagen und der Rechenschaftslegung für die Gliederungen der Partei.

Weiterhin steht der Liberale Parteiservice sowohl für Organisationsdienstleistungen als auch für Schiedsgerichts- und Satzungsfragen, Wahlaufstellungsversammlungen sowie verstärkt seit Mai 2018 für Fragen zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und zum Medienrecht den nachgeordneten Gliederungen beratend zur Verfügung.

Im Buchungszentrum Bonn werden alle Buchhaltungsunterlagen der rechenschaftspflichtigen Untergliederungen verbucht und fließen dann in den konsolidierten

Gesamtrechenschaftsbericht der Gesamtpartei ein, den die Partei jedes Jahr zum 30. September beim Präsidenten des Deutschen Bundestages einreicht und der als Grundlage für die Auszahlung der staatlichen Parteienfinanzierung dient. Dabei wird das Angebotspektrum stetig gemäß den technischen Erneuerungen angepasst und weiterentwickelt. Der Liberale Parteiservice unterstützt die nachgeordneten Gliederungen bei ihrer Beitragsverwaltung. Für die Teilnehmer am freiwilligen zentralen Beitragseinzug übernimmt der LiPS die technische Umsetzung der Beiträge (Mandatsträgerbeiträge) von Mitgliedern (Mandatsträgern) für Kreis- und Ortsverbände sowie Landesverbände. Dabei werden Beitragsrechnungen verschickt und der Einzug administriert. Neben einer schnelleren Verbuchung ist festzustellen, dass die teilnehmenden Gliederungen ihr Beitragsaufkommen hierdurch nachhaltig verbessern und steigern konnten.

Gemeinsam mit der Einführung des Buchhaltungssystems wurde den Gliederungen ermöglicht, die Auswertungen über das sogenannte Funktionsträger-Portal zu erstellen. Unter steter Weiterentwicklung können alle Gliederungen den Datenbestand ihrer Mitglieder und Interessenten pflegen und Einsicht in ihre verbuchten Unterlagen nehmen sowie auch auf ihre verbuchten Belege zugreifen. In diesem Zusammenhang bietet der LiPS regelmäßig Schulungen vor Ort im Rahmen von Landesparteitagen und Schatzmeisterkonferenzen an.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Jahre 2021 und 2022 bildete die Digitalisierung der Bundes- und Landespartei, insbesondere im Bereich der Parteitage.

Des Weiteren standen folgende Themen im Mittelpunkt:

- Erstellung von Beitrags- und Spendenquittungen
- Beratung in Haushalts- und Finanzfragen
- Wahlkampfunterstützung für Landesverbände
- Betreuung in den Bereichen Satzung, Schiedsgerichtsbarkeit und Parteirechtsfragen, Datenschutz- und Medienrecht.

ALDE PARTEI 2022 BIS 2023

Die ALDE-Mitgliedsparteien kamen im **Juni 2022** in Dublin zum jährlichen Kongress zusammen. Bei den Vorstandswahlen wurden der irische Senator Timmy Dooley (Fianna Fáil) und der Bulgare Ilhan Kyuchyuk MdEP (Movement for Rights and Freedom) als Co-Präsidenten gewählt. Zuvor hatten sie bereits nach dem Tod des amtierenden ALDE-Präsidenten Hans van Baalen als Vizepräsidenten in einer Doppelspitze die Amtsgeschäfte übernommen. Als Vizepräsidenten wurden gewählt Kira Rudik, Abgeordnete des ukrainischen Parlaments (Golos, Ukraine), Baroness Sal Brinton (Liberal Democrats, UK), Daniel Berg (Momentum, Ungarn), Annelou van Egmond (D66, Niederlande), sowie Svenja Hahn (FDP, Deutschland).

Die FDP-Anträge zur Stärkung des europäischen Handels sowie zum Verbot der sogenannten Chatkontrolle wurden mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Ebenfalls in Dublin erfolgte die Aufnahme der Partei Servant of the People des ukrainischen Präsidenten Zelenskyy in die Reihen der ALDE-Partei.

Im **Dezember 2022** kam der Rat der ALDE-Partei in Bratislava zusammen. Im Rat wurde vor allem über Finanzen, Mitgliedsanträge und strategische Entscheidungen sowie Dringlichkeitsanträge beraten. Als neue Vollmitglieder wurden die Democratic Party of Kosovo und die Partei Free Citizens Movement aus Serbien sowie als beobachtendes Mitglied Action for Andorra aufgenommen.

In der alltäglichen Arbeit bietet die ALDE ihren nationalen Mitgliedsparteien Unterstützung an, zum Beispiel in den Bereichen Wissensaustausch, Recherche und Datenanalyse oder auch Kampagnenmanagement. Darüber

hinaus vernetzt die ALDE Politiker von der nationalen bis zur kommunalen Ebene und veranstaltet regelmäßig Veranstaltungen zu aktuellen europapolitischen Themen.

Zu den laufenden strategischen Projekten gehört die Neufassung des Grundsatzzprogramms, der Stuttgart Declaration von 1976, unter der Leitung von Baroness Sal Brinton. Ebenfalls im Fokus stehen die Vorbereitungen der Europawahlen. Svenja Hahn MdEP leitet dafür die Programmkommission für das ALDE-Wahlprogramm. Die 20-köpfige Kommission vereint die



inhaltliche und geografische Vielfalt der europäischen liberalen Partei. Im Sommer 2022 begann die Arbeit mit Bürgerbefragungen und Befragungen der Mitgliedsparteien, **Anfang 2023** fanden dann Workshops mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft statt. Im Frühjahr dieses Jahrs finden über die EU verteilt Townhall Meetings mit Bürgerinnen und Bürgern in Zusammenarbeit mit den ALDE Mitgliedsparteien statt. Im Sommer 2023 wird aus diesem Input das Wahlprogramm entstehen.

Der nächste Kongress wird im Mai 2023 in Stockholm stattfinden und wird sich mit Weichenstellungen für die Europawahlen in 2024 befassen •

EP DELE- GATION

Ob Wirtschaft und Handel, Rechtsstaat, Klima und Gesundheit, Sicherheitspolitik, Menschenrechte oder Migration – die Delegation der Freien Demokraten besetzt in Brüssel wichtige Schlüsselpositionen in der Renew Europe Fraktion und im Parlament, um erfolgreich liberale Politik zu gestalten, nah am Menschen, mit Mut zu europäischem Reformgeist.

Vizepräsidentin Nicola Beer

vertritt die Freien Demokraten neben dem EP Bureau (Zuständigkeit für Asien, Mehrsprachigkeit, Sondergesandte zur Bekämpfung der Diskriminierung von Religionsgemeinschaften, inkl. Antisemitismusbekämpfung) im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, im Ausschuss für Wirtschaft und Währung sowie im Auswärtigen Ausschuss.

Hier setzt sie sich dafür ein, dass Europa Mittelstand großschreibt. Gegen immer mehr Bürokratie und Belastungen, für einen Wettbewerbsfähigkeits-Check und KMU-TÜV auf EU-Ebene. Kurz: den Mittelstand beflügeln, nicht belasten. Für ein Europa, das liefert, und zwar Wettbewerbsfähigkeit, Jobs und Wohlstand, weil es auf Unternehmertum und soziale Marktwirtschaft setzt.

Europas Aufbruch an die Spitze braucht Innovation und Erfindergeist: Nur so meistern wir die digitale und die grüne Transfor-

mation. Mit Offenheit für neue Technologien, einem attraktiven, innovationsfreundlichen Umfeld für Investitionen und Experten und gezielter Förderung von Forschung und Entwicklung. Nicola Beers Ziel ist es, erfolgsversprechende Innovationen in der EU zu verankern, um im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu bleiben, und Innovationsführerschaft zu übernehmen. Künstliche Intelligenz, Fusionsenergie, Digitaler Euro: Wir wollen nicht kopieren, wir wollen erfinden!

Für die bevorstehenden Herausforderungen brauchen wir solide Finanzen und einen stabilen Euro. Nicola Beer kämpft deshalb dafür, dass die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht zu ungezügelter Schuldenmacherei führt. Beflügeln, nicht Belasten muss auch für die nächste Generation gelten. Dazu gehört auch ein transparenterer, einheitlicherer und zugänglicherer Kapitalmarkt, gerade auch für Mittelstand und Kleinanleger. Nachhaltigkeitsauflagen im Finanzsektor müssen sinnvoller gestaltet werden – ohne Nachteile für den Mittelstand oder gar politische Lenkung der Wirtschaft.

Nicola Beer setzt sich intensiv für die weltweite Achtung von Freiheit und Menschenrechten ein. Auf ihrer Reise nach Kiew machte sie sich nicht nur persönlich ein Bild vor Ort, sondern betonte auch die unverbrüchliche Unterstützung der EU für die Ukraine. Bei ihrem Besuch in Taiwan versicherte sie Präsidentin Tsai Ing-wen: Taiwans demokratische Werte sind unsere Werte. Als Vorsitzende der Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments gegen Antisemitismus setzt sie sich für die Einführung der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance auf allen Ebenen ein. Als Mitglied der

Delegation für die Beziehungen zu Israel sind die Beziehungen Europas zu Israel ein zentrales Thema Nicola Beers. In Israel und im Westjordanland traf sie hochrangige Vertreter aus Politik, Religion und Gesellschaft, um die aktuelle Situation – auch mit deutlichen Worten zur in Israel geplanten Justizreform ebenso wie zu antisemitischen palästinensischen Schulbüchern – zu diskutieren. Mit Freiheit und Gerechtigkeit als Kompass verteidigt und unterstützt Nicola Beer darüber hinaus Menschen in politischen Notlagen, etwa mit Blick auf die demokratische Opposition in Belarus, inhaftierte Frauen im Iran oder die Situation der Frauen und Mädchen in Afghanistan.

MdEP Svenja Hahn vertritt

die FDP im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) und arbeitet vor allem an Gesetzen zu Digitalisierung, wie dem Europäischen KI-Gesetz, welches sie federführend mitverhandelt. Insgesamt hat sie in 2021-2023 an 13 Gesetzen und Initiativen gearbeitet und war bis 2022 Koordinatorin der Renew Europe Fraktion im Sonderausschuss für Künstliche Intelligenz im Digitalen Zeitalter (AIDA).

Dabei setzt sie sich dafür ein, die EU zu einem Innovations-Hotspot für Künstliche Intelligenz zu machen und das Potenzial neuer Technologien zu heben. Durch Förderung von Forschung und Entwicklung, digitaler Bildung und einer Regulierung, die kleine und mittlere Unternehmen sowie Startups unterstützt, statt sie zu behindern, beispielsweise auch durch Bürokratie-Abbau. Gleichzeitig gilt es, staatliche Überwachung, wie etwa die Chatkontrolle oder biometrische Massenüberwachung durch Gesichtserkennung, zu verbieten.

Sie setzt sich im IMCO-Ausschuss außerdem für den konsequenten Ausbau des Europäischen Binnenmarktes ein sowie für Gesetzgebung, die die europäische und deutsche Wirtschaft beflügelt und stärkt. Insbesondere arbeitet sie darauf hin, in Europa endlich einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen, beispielsweise als Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Digitaler Binnenmarkt".

Im Ausschuss für internationalen Handel (INTA) tritt Svenja Hahn für werte- und regelbasierten Freihandel ein. Der russische Angriffskrieg, die Freiheitsrevolution im Iran oder Chinas Drohgebärden gegenüber dem demokratischen Taiwan, das alles zeigt: Der Konflikt der Zeit heißt Autokratie versus Demokratie. Deshalb setzt Svenja Hahn sich dafür ein, die Allianz der Demokratien durch mehr Freihandel mit Wertepartnern zu stärken, um Abhängigkeiten von Autokratien zu verringern. Wirtschaftswachstum durch mehr Freihandel ist außerdem der beste Motor, um gestärkt aus den aktuellen Krisen zu kommen. Das von Deutschland ratifizierte Freihandelsabkommen mit Kanada CETA und das 2022 fertiggestellte Freihandelsabkommen mit Neuseeland sind richtige und wichtige Schritte. Svenja Hahn setzt sich weiterhin dafür ein, dass signifikante Fortschritte bei den laufenden Verhandlungen der Freihandelsabkommen mit Australien, Indien, Indonesien sowie Thailand erreicht werden. 2022 war sie mit einer Parlamentsdelegation in Indien, um sich vor Ort unter anderem mit der Finanzministerin und anderen führenden Politikern zum Handelsabkommen auszutauschen. Sie setzt sich außerdem für das Aus von Kinder- und Zwangsarbeit ein. Svenja Hahn begleitet den Gesetzesprozess zum Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit sowie das europäische Lieferkettengesetz. Hier setzt sie sich dafür ein, dass es Unternehmen einfacher gemacht wird, ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachzukommen, statt überbordende bürokratische Pflichten zu schaffen.

MdEP Andreas Glück setzt sich als Mitglied im Ausschuss für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit insbesondere für eine marktwirtschaftliche und technologieoffene Klima- und Umweltpolitik ein. Mit dieser Haltung grenzt Glück sich klar von einer Politik der Verbote ab, wie sie aktuell häufig in Gesetzesinitiativen der Kommission zu finden ist. Bei der Ausrichtung und Ausgestaltung der Europäischen Klima- und Umweltpolitik drängt Glück besonders darauf, diese weitreichenden Regelungen mit der Unternehmensrealität unserer vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs) vereinbar zu machen, denn der Erfolg der europäischen Klimapolitik hängt entscheidend von diesen kleinen Marktführern und Ideenentwicklern ab. Das Problem ist jedoch, dass die KMUs oftmals von besonders komplizierten EU-Regulierungen betroffen sind, obwohl sie nur selten eine eigene Abteilung für diese Angelegenheiten haben. Zusammen mit der KMU-Taskforce der liberalen Renew

Europe Fraktion arbeitet Glück an Maßnahmen und Handlungsempfehlungen für KMUs, damit sie diese Herausforderungen besser meistern können.

Beim Vorschlag zu einer neuen Pflanzenschutzverordnung hat Andreas Glück früh den Kontakt zu den Betroffenen gesucht und vor Ort zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. Hierbei ging es darum, einen breiten Widerspruch zum Kommissionsvorschlag zu formulieren und konkrete Änderungsvorschläge zu erarbeiten.

Infolge der Corona-Pandemie wurde im April 2022 der Covid-19-Sonderausschuss eingerichtet, um für die Zukunft die richtigen Lehren aus der Pandemie zu ziehen. Andreas Glück treibt die Arbeit als stellvertretender Ausschussvorsitzender voran. Schwerpunkt der europäischen Gesundheitspolitik ist gerade für ihn als Facharzt für Chirurgie, für den Fortschritt und die Zusammenarbeit der Forschung im Gesundheitsbereich einzutreten. Diesen Ansatz verfolgt Glück auch bei der Einführung eines europäischen Gesundheitsdatenraums (EHDS). Neben einer grundsätzlichen Digitalisierung im Gesundheitssystem, von der alle Patienten direkt profitieren können, sollen mit dem Vorschlag vor allem die Persönlichkeitsrechte bei Gesundheitsdaten gestärkt werden. Darüber hinaus sollen mehr Daten für die Forschung zur Verfügung gestellt werden. Im Vorschlag für eine Verordnung über Substanzen menschlichen Ursprungs (SoHo Proposal), die Glück federführend für die Renew Europe-Fraktion verhandelt, setzt er sich für liberale und marktoffene Lösungen ein. Gerade bei lebensnotwendigen Substanzen, wie etwa Blutplasma, Stammzellen oder Blutkonserven, dürfen wir nicht in Abhängigkeiten von Importen aus Drittstaaten geraten.

Die Schwerpunkte der politischen Arbeit von **MdEP Moritz Körner** als Mitglied im Innenausschuss sind vor allem der Schutz und die Stärkung des Rechtsstaates in der EU. Als Verhandlungsführer der liberalen Fraktion ist es ihm nach jahrelangen Verhandlungen gelungen, den Rechtsstaatsmechanismus zum Schutz des EU-Haushalts zu etablieren. Zur Erzwingung seiner Anwendung hat Moritz Körner erfolgreich durchgesetzt, dass das Parlament die EU-Kommission wegen Nichthandelns vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt. Dies hat den Druck auf die EU-Kommission letztendlich so weit erhöht, dass EU-Mittel an Polen und Ungarn tatsächlich zurückgehalten wurden, um diese zur Einhaltung der europäischen Rechtsstaatsprinzipien zu bewegen.

Auch der Kampf für Bürgerrechte liegt Moritz Körner ganz besonders am Herzen. So auch beim EU-US Datenschutzabkommen „Privacy Shield“: Als Privatperson hat er die Auskunftspflichten für US-Firmen über Monate getestet und aufdecken können, dass diese ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Seit der Aufhebung des Privacy Shields durch den EuGH setzt er

sich für ein Nachfolgeabkommen ein, das die Bespitzelungsmöglichkeiten ein für alle Mal effektiv verhindert, gleichzeitig aber den für die Wirtschaft so wichtigen freien Datenfluss wieder rechtssicher gestattet. Beim Kampf gegen Kindesmissbrauch setzt sich Moritz Körner für mehr Investitionen in die Ausstattung der Polizei, von Europol und in die zwischenstaatliche Zusammenarbeit ein, statt diese abscheulichen Verbrechen durch eine unverhältnismäßige Totalüberwachung und die Chatkontrolle zu bekämpfen.

Überwachungs-Spyware kann Grundrechte gefährden und Demokratien destabilisieren. In seiner Rolle als stellvertretender Vorsitzender des Pegasus-Untersuchungsausschusses deckt Moritz Körner die Hintergründe illegaler Spionageangriffe auf Politiker und Journalisten in der EU auf. Er setzt sich deshalb dafür ein, den internationalen Verkauf und die Verwendung von Spyware-Technologie zu regulieren und rechtsverbindliche Nicht-Spionage-Vereinbarungen für den öffentlichen und privaten Sektor zwischen befreundeten Demokratien zu etablieren.

Im Haushaltsausschuss kämpft Moritz Körner für wichtige Zukunftsinvestitionen mit gleichzeitiger generationengerechter Solidität. Als liberaler Verhandlungsführer für die langfristige Haushaltsplanung 2021-2027 und die neue Haushaltsordnung hat er sich für einen EU-Haushalt stark gemacht, der Prioritäten setzt. In den letzten Jahreshaushalt konnte er erneut eine Stärkung der Programme mit europäischem Mehrwert erreichen, mit mehr Investitionen in europäische Agenturen zur Korruptionsbekämpfung, aber auch in das Forschungsprogramm Horizon Europe und Erasmus+. Neuen europäischen Schulden erteilt er eine klare Absage.

Chinesische Datenkraken wie TikTok und Chinas offene Missachtung von Menschenrechten zeigen klar: Die EU muss ihren Einfluss gegenüber China stärker geltend machen – sowohl wirtschaftlich wie politisch. Dafür setzt sich Moritz Körner als Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China ein.

MdEP Jan-Christoph Oetjen setzt sich als Vize-Vorsitzender des Ausschusses für Transport und Tourismus für eine nachhaltige und technologieoffene Verkehrspolitik der Zukunft in Europa ein, welche gleichzeitig den ländlichen Raum mitdenkt.

Die Herausforderungen der Dekarbonisierung des Verkehrssektors, darunter die Regulierung der EU-Flottengrenzwerte und der Einsatz für den Fortbestand eines klimaneutralen Verbrennungsmotors in Europa, waren für ihn Kernthemen. Außerdem waren die europäische Wasserstoffstrategie sowie die Gestaltung eines technologieoffenen, rechtssicheren Rahmens für alternative Kraftstoffe weitere Schwerpunkte. Als Berichterstatter zum einheitlichen europäischen Luftraum setzt sich Jan-

Christoph Oetjen für einen gemeinsamen und europäisch regulierten Luftraum zwischen den EU-Mitgliedstaaten ein. Mit einer Stellungnahme zur Überarbeitung des Emissionshandels in der Luftfahrt hat er die Modernisierung des Luftverkehrsmanagements in Europa vorgebracht. Zusätzlich setzt er sich für die Umsetzung einer Drohnenstrategie 2.0 ein, die Rahmenbedingungen für den urbanen Luftraum schafft und die Vorteile für den Menschen im Zentrum hat.

Als Mitglied des Innenausschusses arbeitet Jan-Christoph Oetjen an einer solidarischen und europäischen Migrationspolitik und fordert die Schaffung legaler Wege in den europäischen Arbeitsmarkt, die Erhöhung der Resettlement-Kapazitäten sowie verbindliche Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Als Verhandlungsführer der Renew Europe Fraktion verhandelt er den Legislativvorschlag zum Screening-Verfahren an den EU-Außengrenzen. Außerdem verhandelte Jan-Christoph Oetjen als Berichterstatter des Europäischen Parlaments ein Gesetz zu Statistiken über Migrationswanderungen und internationalen Schutz. Es werden jetzt europaweit vergleichbare Statistiken zu Migration und Asyl erhoben. Jan-Christoph Oetjen setzt sich weiterhin für eine staatliche Seenotrettungsmission in Europa ein. Mit der Einrichtung eines europäischen Fonds für Seenotrettung und dessen geplante Übertragung in staatliche Hände wurde ein erster Schritt gemacht, damit die Rettung von in Seenot geratenen Menschen vor den europäischen Küsten nicht mehr abhängig von Privatorganisationen ist. Außerdem verhandelte er Berichte zur besseren Funktionsweise des Schengen-Raumes und zum Schengen-Beitritt Kroatiens.

In seiner Arbeit im Ausschuss für Menschenrechte setzt sich Jan-Christoph Oetjen für Rechtsstaat, Demokratie und den Schutz der Zivilbevölkerung weltweit ein. Als Autor und Verhandlungsführer von Dringlichkeits-Entscheidungen des Europäischen Parlaments lenkte er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf aktuelle Menschenrechtsverstöße auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten. Er setzt sich außerdem für eine neue EU-Afrika-Politik als Mitglied des Entwicklungsausschusses und als Mitglied der Versammlung der Europäischen Union und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) ein. Auf seinem ersten Kongress wurde er von den etwa 100 Vertreterinnen und Vertretern aus mehr als 30 Staaten zum Vorsitzenden gewählt. Im Fokus steht die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungspolitik auf Augenhöhe. Er verhandelte einen Bericht zur Stärkung der Verfassungstreue und von Menschen- und Bürgerrechten. Außerdem konnte er als Verhandlungsführer der Renew Europe Fraktion einen Bericht zum Schutz von Journalisten und der Meinungsfreiheit erarbeiten. •



LIBERAL INTERNATIONAL 2021 BIS 2023

LI-Schatzmeister & ständiger Gast im Bundesvorstand: Manfred R. Eisenbach

Die Aktivitäten der Liberal International (LI) standen auch im Jahr 2021 im Zeichen (und im Schatten) der Covid-19-Pandemie mit ihren vielfältigen, unabhängigen nationalen Reise-, Versammlungs- und Arbeitsbeschrankungen. Trotz des zunehmenden Impferfolgs und rückgängiger Schwersterkrankungen blieben die fortdauernden Schutzbestimmungen gegen die Pandemie nicht ohne gravierende Auswirkungen auf eine global tätige Organisation wie die LI: Auch aus Pandemiegrunden konnte der ursprünglich schon 2020 fällige 63. LI-Kongress mit Neuwahl des gesamten Präsidiums (Bureau), der auf Einladung der bulgarischen Mitglieds- partei Movement für Rights and Freedom (MRF) in Sofia stattfinden sollte, weder im Frühjahr noch im Herbst stattfinden und musste ein weiteres Mal auf 2021 verschoben werden. Die regionalen Organisationen der LI konnten Gemeinschaftsveranstaltungen mit der LI nicht als Presenztreffen organisieren, sondern mussten auf digitale Formate ausweichen. Organisatorisch wie auch inhaltlich waren diese pandemiebedingten Einschränkungen für alle Beteiligten eine enorme Belastung, die besondere Anstrengungen verlangten, um die Kohärenz und den politischen Aktionsraum zu erhalten, der erfolgreiches Politisieren nun einmal erfordert.

Diesen „Stresstest“ hat die LI mit ihrem auf drei bis vier Vollzeitstellen geschrumpften Stab im Generalsekretariat sehr gut gemeistert: Dank erheblicher Investitionen in eine moderne und leistungsfähige Büro- und Kommunikationsinfrastruktur in der Londoner Zentrale schon ab der zweiten Hälfte 2020 konnte nun vieles besser und schneller digital aus dem Büro am Whitehall Place und dem Homeoffice, in dem sich die Mitarbeiter im zweiten Pandemiejahr noch überwiegend befanden, erledigt werden. Auch wurde neben Videokonferenzen das Medium der Webinare für Eigen- oder Koopera-

tionsveranstaltungen – und zwar nicht nur mit Mitgliedsparteien, liberalen Think-Tanks und Regionalverbänden – verstärkt eingesetzt sowie eine sehr rege Tätigkeit in den sozialen Medien entwickelt, so dass sich Präsenz und Sichtbarkeit der LI in der öffentlichen Wahrnehmung trotz der eingeschränkten bzw. veränderten Arbeitsmöglichkeiten nicht wirklich reduzierte. Sicherlich trug auch die neugestaltete Homepage mit zu den sehr hohen Zugriffszahlen bei allen digitalen LI-Angeboten bei.

Zu diesem positiven Gesamterscheinungsbild beigetragen hatte sicherlich auch, dass sich das Bureau während der gesamten Pandemiezeit (bis heute) regelmäßig zu Videokonferenzen in kurzer Taktung von ca. sechs bis acht Wochen zusammenschaltet, um auch die politische Führung des Generalsekretariats voll und ganz zu gewährleisten. Komplementär zu den Aktivitäten des Sekretariats sind in den sozialen Medien jetzt auch Bureau-Mitglieder stark vertreten, an der Spitze LI-Präsidentin Hakima El Haité und ihr Stellvertreter, LI Deputy President Karl-Heinz Paqué mit beachtlichen Follower-Zahlen.

Ähnlich verhielt es sich mit den im Berichtszeitraum von zwei auf drei erweiterten ständigen Ausschüssen: Das LI Human Rights Committee (LIHRC), LI Climate Justice Committee (LICJC) und (neu) das LI Fair Trade Committee (LIFTC) trafen sich regelmäßig in Zoom-Konferenzen, erarbeiten Beschlusspapiere und berieten in politischen Einzelfragen oder gaben Handreichungen für politische Verlautbarungen einschl. Pressestatements. Hinsichtlich der auf dem

204. und 205. LI-Exekutivkomitee (LI-ExCom) und dem 63. LI Kongress in 2021 bzw. verabschiedeten Grundsatzpapiere sind insbesondere zu nennen: Liberal Principles of Digitalisation (LIHRC), LI Principles of Climate Justice und The Intersection of Human Rights and Climate Justice (beide LICJC) sowie The Future of Liberal Trade in the 21st Century (LIFTC).

In den Leitungs- und Beratungsgremien sind die deutschen Liberalen wieder bestens vertreten: der Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, wurde wie LI-Präsidentin Dr. Hakima El Haité einstimmig als Deputy President und als deren Stellvertreter bestätigt. In einer Wahl mit drei Kandidaten wurde nach einer Pause von gut drei Jahren Manfred R. Eisenbach, ständiger Gast im Bundesvorstand und DGLI-Generalsekretär, mit großer Mehrheit erneut als Principal Treasurer bestellt. Das klare Signal der Delegierten an den Schatzmeister lautete, Finanzwesen der LI neu zu gestalten – einschließlich einer neuen Beitragsordnung, um der LI zu einer verbesserten Governance zu verhelfen. Neben dieser deutschen Doppelspitze auf entscheidenden Präsidiumspositionen wurde die Vorsitzende des

Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Renata Alt MdB, als Nachfolgerin von Gyde Jensen MdB in das LIHRC berufen, und DGLI-Schatzmeister Dr. Steffen Pabst für eine zweite Amtszeit bestätigt. Für das LICJC wurde der Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Lukas Köhler MdB, bestätigt, außerdem noch K.-H. Paqué als Vorsitzender des neuen LI Fair Trade Committee eingesetzt. Diese starke personelle Verzahnung ist sicherlich auch ein eindrücklicher Beweis für die Wertschätzung und das Vertrauen in das traditionell starke Engagement der deutschen Liberalen für die LI.

Der – pandemiebedingt – erst vier Jahre nach Dakar einberufene 63. LI Kongress vom 30. Juni bis zum 3. Juli 2022, beging zugleich auch das 75. Jubiläum der Liberal International, die im Frühjahr 1947 in der ehrwürdigen englischen Universitätsstadt Oxford gegründet wurde – übrigens unter Mitwirkung von Professor Theodor Heuss, der damals die von der britischen Militärregierung „handverlesene“ Delegation der deutschen Liberalen als DGLI-Vorsitzender leitete.

Angesichts des in unmittelbarer Nachbarschaft tobenden, völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine befassten sich die fast 300 Delegierte aus vier Kontinenten mit dem Leitthema des Jubiläumskongresses „Restructuring a Liberal World Order“. Diese manifeste Zertrümmerung der europäischen Friedens- und Staatenordnung, dieser ungeheuerliche Zivilisationsbruch war das alles beherrschende Thema. Unisono wurde Putins Angriff auf die Ukraine scharf verurteilt und als ein Weckruf für einen selbstgefällig gewordenen Westen gesehen, in dessen eigenen Reihen sich leider auch illiberale Tendenzen breit machen. Dies schadet seiner dringend zu stärkenden Resilienz im Systemwettbewerb der liberalen Demokratien gegen autoritär-totalitäre, auch imperiale Machtansprüche, die nicht davor zurückschrecken, den Demokratiebegriff für sich in Anspruch zu nehmen, umzudeuten und mit Slogans wie „China: Eine Demokratie, die funktioniert“ aufzutreten. Die liberale Demokratie bleibt nach der einmütigen Bekundung der Delegierten das einzige politische System, das langfristig Erfolg bringt, doch muss sie ihre inneren Widersprüche lösen, um den Herausforderungen in diesem neuen „Kalten Krieg“ entschieden entgegenzutreten zu können.

In diesen Kontext passte dann auch die Verleihung des angesehenen Liberal International Prize for Freedom 2022 an den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj für sein tapferes Eintreten, Freiheit und Land seines Volkes gegen den russischen Aggressor zu verteidigen. Der Vorschlag der deutschen LI-Mitglieder, die „grande dame“ der russischen Menschenrechtsbewegung und Mitbegründerin der zwischenzeitlich von Putin zerschlagenen Menschenrechtsorganisation MEMORIAL, Irina Scherbakova, auszuzeichnen, war nicht

erfolgreich, jedoch wurde MEMORIAL dann später im Jahr in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen.

Weiterhin ist zu berichten, dass die LI im Berichtszeitraum auch auf internationalen Foren Flagge zeigte: So letztes Jahr bei der Herbstsession der Uno-Generalversammlung, in deren Kontext der auf Vorschlag von FDP und DGLI verliehene LI Prize for Freedom 2021 an die im amerikanischen Exil lebende afghanische Frauen- und Menschenrechtsministerin, Dr. Sima Samar übergeben wurde. So auch bei den Weltklimakonferenzen in Glasgow (2021) und Scharm El-Scheich (2022), bei Sitzungen des UN-Menschenrechtsrats in Genf, der Konferenz der Interparlamentarischen Union (IPU) in Wien (2022) sowie der RENEW-PAC Versammlung in Marrakesch (2022). Solche Treffen dienen insbesondere dem Networking, Gedankenaustausch mit Konferenzteilnehmern aus dem liberalen Umfeld und anderen internationalen Entscheidungsträgern und natürlich dafür, für Initiativen der liberalen Weltunion zu werben und ggf. solche auch einzubringen. Dabei ist sehr hilfreich, dass die LI als einzige der weltweit tätigen Parteiverbände schon seit Jahrzehnten Beobachterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) hat und daher als Organisation bestens eingeführt ist.

Last but not least muss noch auf zwei besondere Service-Angebote der LI für ihre Mitglieder aufmerksam gemacht werden, die ein liberales Alleinstellungsmerkmal abgeben: Das ist zum einen der LI Women in Political Parties Index (WIPP Index), der LI-Mitgliedsparteien dabei unterstützen soll, die Gleichberechtigung innerhalb ihrer Parteistrukturen zu fördern und die Repräsentation von Frauen in der Politik zu fördern; für dieses Instrument ist derzeit ein Update in Arbeit. Komplementär verhält sich hierzu der LI Gender Equality Report, der zeigt, dass sich Liberale weltweit für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen. Zum anderen betrifft der Service die LI Democratic Training Academy (LIDTA). In Zusammenarbeit mit unseren holländischen Freunden von der VVD wird hier der talentierte politische Nachwuchs in einem internationalen Rahmen in mehreren Wochenendkursen von erfahrenen Moderatoren geschult und auf eine erfolgreiche politische Karriere im 21. Jahrhundert vorbereitet.

Beschlossene Resolutionen und weitere Nachweise können unter www.liberal-international.org abgerufen werden. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



ARBEIT & SOZIALES

Vorsitz: Michael Kauch
Stellvertreter/innen: Mona Model, Patrick Arora, Dirk-Heinrich Heuer, Dr. Elisabeth Preuß (2021/2022), Dagmar Lipper (2022/2023)

Der BFA Arbeit und Soziales hat im Berichtszeitraum fünfmal im Plenum getagt: am 19.12.2021 (digital), 3.4.2022 (digital), 11.9.2022 (Berlin), 14./15.1.2023 (Berlin) und 7.3.2023 (digital).

Nach der Bundestagswahl startete der BFA zunächst mit der Begleitung und Bewertung der Koalitionsverhandlungen, der Vorhabenplanung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie der laufenden Gesetzgebung. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Einführung des Bürgergeldes.

Nach der Neukonstituierung befasste sich der BFA – angeregt von einem Antrag zum letzten Bundesparteitag – intensiv mit der Analyse der Rechtslage und der Gestaltungsoptionen zur Betreuung und Pflege hilfebedürftiger Personen in Privathaushalten durch Arbeits-

kräfte aus der EU. Hier wird der BFA einen Vorschlag zum Europawahlprogramm 2024 vorlegen. Zu diesem Bundesparteitag stellt der BFA einen Antrag zur Stärkung der Rechte der Schwerbehindertenvertretungen. Als Arbeitsgruppen wurden für die Amtszeit 2022/2023 eingerichtet:

- **AG Altersvorsorge**
Leitung: Patrick Arora
- **AG Inklusion**
Leitung: Dirk Heuer
- **AG Transformation der Arbeitswelt**
Leitung: Charline Kappes und Mona Model
- **AG Fachkräfte- und Personalmangel**
Leitung: Florian Swyter

Vorbereitet wird eine AG Berufliche Bildung gemeinsam mit dem BFA Bildung (Koordination Prof. Dr. Stephan Seiter). Zur Zielstellung der Arbeitsgruppen gehören auch Zuarbeiten zu den Wahlprogrammen für Europawahl 2024 und Bundestagswahl 2025. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS BAU & WOHNEN



Vorsitz: Sebastian Körber

Der Bundesausschuss „Bau und Wohnen“ konnte in der vergangenen Amtszeit zwei Mal virtuell am 12.06.2021 und 11.12.2021 und an weiteren sechs Terminen in Präsenz tagen: 27./28.08.2021 in Berlin, 22./23.10.2021 in St. Augustin, 12.02.2022 in Berlin, 10./11.06.2022 in Berlin, 16./17.09.2022 in Berlin und 18./19.11.2022 in Frankfurt (konstituierende Sitzung für neue Amtszeit).

Während seiner Tätigkeit als Vorsitzender wurde Sebastian Körber bis Ende 2022 von den stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Oepen und Wolfgang Züll unterstützt. Für die darauffolgende Periode wählten die Delegierten Dr. Ira Hörndler und Wolfgang Züll zu den stellvertretenden Vorsitzenden. Ebenso wurden ein Dutzend Experten gewählt und weitere Gäste benannt. In allen Sitzungen wurde zu Beginn der jeweiligen Sitzung über aktuelle Themen durch den Vorsitzenden berichtet und im Anschluss daran diskutiert.

Themen der virtuellen Sitzung am 12.06.2021 waren: Entwicklungsperspektiven von Stadt und Land sowie die Rolle der Mobilität für ländliche Räume. Außerdem gab es dazu einen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesvorstands der Jungen Liberalen.

Am 27. und 28.08.2021 wurde in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin getagt und fünf liberale Schwerpunktthemen für mögliche Koalitionsverhandlungen festgehalten: Wohneigentumsbildung, Vereinheitlichung von Standards/ Bauordnung, Nachhaltiges Bauen, Ressortzuschnitt mit eigenem Ministerium, Mietrecht/ Wohnungsbaupolitik. Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Thema Hochwasserschutz.

Für den 22. und 23.10.2021 konnte eine interessant gestaltete und organisierte Sitzung in Sankt Augustin stattfinden, in welcher weitere wichtige Themen festgehalten wurden, welche in die Koalitionsverhandlungen einfließen sollten. Ein Impulsvortrag von Wolfgang Züll zum BauGB und anschließende Exkursionen zu einem neuartig konzipierten Einkaufszentrum sowie zur Hoch-

wassersituation standen ebenfalls an.

In der virtuellen Sitzung am 11.12.2021 berichteten Sebastian Körber MdL und Daniel Föst MdB von den Koalitionsverhandlungen der AG 11 „Bauen und Wohnen“. Die Teilnehmer bringen ihre Anerkennung für das Verhandlungsergebnis zum Ausdruck. Die FDP-Vertreter konnten durch Fachkompetenz und Verhandlungsgeschick eine liberale Handschrift klar erkennen lassen. Es werden die einzelnen Abschnitte des Kapitels „Bauen und Wohnen“ im Koalitionsvertrag erläutert und diskutiert. Die Zielmarke von 400.000 Wohnungen wird angesichts der Ressourcenprobleme und steigenden Baupreise (+ 20 Prozent in 2022) kritisch gesehen.

Die folgenden drei Sitzungen im Jahr 2022 (12.02.2022, 10./11.06.2022, 16./17.09.2022) fanden jeweils in Berlin statt.

Am 12.02.2022 standen die Themen „einfaches und preisgünstiges Bauen“, „Stand der KfW-Förderungen“ und „echte Nachhaltigkeit beim Bauen“ im Fokus.

Die Sitzung am 10./11.06.2022 wurde von einem spannenden und sehr informativen Impulsvortrag von Prof. Dr. Harald Simons (EMPIRICA) zu „Aktuelle Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt“ gehalten. Wolfgang Züll referierte zur Musterbauordnung. Zu beiden Vorträgen wurde jeweils ausgiebig diskutiert. Als liberale Schwerpunkte für die Regierungskoalition wurden dabei erarbeitet: Wohneigentum, Senkung der Grunderwerbsteuer, Technologieoffenheit, Innovationsklausel beim Klimaschutz, Stärkung der Kleinvermieter.

In der Sitzung am 16./17.09.2022 wurden zwei sehr spannende Immobilien in Berlin besichtigt: Die neue Zentrale der WELT-Redaktion des Axel Springer Verlags als spektakuläres neues Bürogebäude und per Sonderführung das Ausstellungsgebäude der Boros Foundation in einem ehemaligen und nun umgebauten Hochbunker. Nach einem Impuls des baupolitischen Sprechers Daniel Föst MdB befassten sich die Anwesenden mit einem breiten Themenspektrum, angefangen von KfW-Konditionen über aktuelle steuerliche und gesetzliche Aspekte

im Hinblick auf Immobilien bis hin zur Frage, inwieweit das mobile Arbeiten den Immobilienmarkt in Zukunft verändern wird. Ein Papier zur „Offensive für Wohneigentum“ wurde erarbeitet.

Zur konstituierenden Sitzung am **18./19.11.2022** in Frankfurt wurde ein sehr interessanter Vortrag von Dr. Markus Trost (JLL) zum aktuellen Thema „Zukunft der (Büro)Arbeit“ gehalten, nachdem die Vorsitzende des Bauausschusses Sandra Weeser MdB zu aktuellen Themen berichtet hatte. Der weiterhin anhaltende Trend zum Homeoffice bringt neue Herausforderungen mit sich, die diskutiert worden sind. Weiteres Schwerpunktthema neben den Wahlen und Nominierungen war ein Papier zur Wohneigentumsbildung. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



BILDUNG, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

Vorsitz: Lisa Deißler

Unser Bundesausschuss Bildung, Forschung und Technologie agiert als proaktives Fachgremium, welches dank der vereinten Expertise unserer Mitglieder und Sachverständigen zur Gestaltung und Fortentwicklung der Parteiprogrammatik in den Bereichen Bildung, Forschung, Technologie und weiterer Querschnittsthemen beiträgt. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat der Bundesausschuss seit seiner Konstituierung im Oktober 2022 bereits insgesamt dreimal getagt. Zweimal rein digital und im Dezember 2022 hybrid in Wiesbaden.

Angesichts der Schwerpunkte des BFA in den Bereichen Hochschule und Wissenschaft, Forschung und Technologie, Schule und frühkindlicher Bildung sowie beruflicher Bildung, wurden Unterausschüsse für jeden dieser Bereiche gebildet. Die Vorsitzenden der Unterausschüsse, die ihre Unterausschüsse eigenständig leiten, sind Christiane Brunk (Schule und frühkindliche Bildung), Finn Brandt (Berufliche Bildung), Andreas Kosmider (Forschung und Technologie) und Dr. Matthias Büger (Hochschulen und Wissenschaft). Alle genannten Personen stehen dem BFA ebenfalls als stellvertretende Vorsitzende zur Verfügung.

Inhaltlich erarbeiteten die einzelnen Unterausschüsse zahlreiche Anträge, welche nach einer anschließenden

Beratung im gesamten Fachausschuss und nach einem entsprechenden Beschluss zum kommenden Bundesparteitag eingereicht wurden. Diese umfassen die folgenden Themen:

- Förderung der Gentechnik
- Nutzung von Gesundheits- und patientenbezogenen Daten für Forschungszwecke
- Prüfung des Innovationspotentials für neue Gesetze
- Potentiale des Energieträgers Wasserstoff
- Akquise neuer Lehrkräfte
- Bessere Zusammenarbeit zwischen ziviler und militärischer Forschung
- Wissenschaftsfreiheit in der Grundlagenforschung

Neben der programmatischen Tätigkeit lag ein besonderer Fokus unserer gemeinsamen Sitzungen auf einem regelmäßigen Austausch mit einschlägigen Expertinnen und Experten. Zum Beispiel hat der Austausch mit Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger oder dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Jens Brandenburg wertvolle Impulse für unsere Arbeit geliefert.

Im Jahr 2023 sind noch zwei weitere Sitzungen des BFA geplant. Vor jeder dieser Sitzungen wird jeder Unterausschuss mindestens einmal zusammenkommen. Auf Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder und Sachverständigen, werden auch die kommenden Sitzungen wie bisher in hybrider Form angeboten. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



DIGITALE AGENDA, INTERNET UND MEDIEN



Vorsitz: Daniela Kluckert

Der Bundesfachausschuss Digitale Agenda, Internet und Medien der FDP hat sich zum Ziel gesetzt, konkrete Handlungsempfehlungen für die weitere Beschleunigung, Umsetzung und Zukunftsfähigkeit der Digitalisierung Deutschlands zu formulieren. Nach einer genauen Betrachtung des Status Quo und der weiteren Pläne der Politik werden in Arbeitsgruppen verschiedene Bereiche tiefergehend bearbeitet.

Am 14. und 15. Oktober 2022 kam der BFA das erste Mal in Berlin zusammen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des BFA wurden Helge Buckow und Maximilian Funke-Kaiser MdB gewählt. Als Experten wurden gewählt: Sebastian Ahlefeld, Helge Buckow, Peter Csaba, Thomas Freyer, Heiko Kahl, Ralf-Rainer Piesold, Torge Schramm, Alexey Shmelkin, Wolfgang Weyand, Sven Wolfrum. Schriftführer des BFA ist Thomas Freyer. Um die Vielzahl der Themen des BFA effizient bearbeiten zu können wurden Arbeitsgruppen eingerichtet und deren Vorsitz beschlossen:

- Kommission Medien / MdB Thomas Hacker
- Cybersecurity / Dr. Martin Dickopp
- Digitale FDP / Thomas Freyer
- New WORK / KMU Thomas Freyer
- Standards & KI / Christian Tietz
- eGovernance / Thorsten Sinning
- Digitale Gesellschaft / Julian Kull

Die Arbeitsgruppen verständigten sich auf eigenständig organisierte Treffen respektive virtuelle Treffen, um bis zur nächsten Sitzung des BFA im März 2023 Grundsatzpapiere, Vorschläge und Anträge für den Bundesparteitag zu formulieren.

Die zweite Zusammenkunft des BFA fand am 3. und 4. März 2023 in Berlin statt. Für Vorträge mit anschließender Diskussion konnten Prof. Dr. Haya Shulman, SIT Fraunhofer Institut, Cybersecurity Analytics and Defences zum Thema „Die Cybersicherheitslage und wie wir sie verbessern können“ sowie Manuel Atug, Gründer und Sprecher der AG KRITIS zur Frage „Allheilmittel offensive Maßnahmen wie Hackback im Cyberraum?“ gewonnen werden.

Dem Beschluss des Bundesparteitaganges des BFA zu Cybersecurity und dem Bericht von MdB Hacker aus der Medienkommission folgten die Berichte aus den weiteren Arbeitsgruppen.

Der BFA bringt sich beim diesjährigen Bundesparteitag mit folgenden Anträgen ein:

- Cyberangriffe wirksam verhindern und bekämpfen – Eine umfassende Strategie zur Cybersicherheit
- Kommunikationsrechte in digitalen Zeiten
- Förderung von Satelliten-Internet gegen Internet-Abschaltungen in repressiven Krisengebieten
- eGovernment: Eine Vision für eine moderne Verwaltung in Deutschland
- Modern, leistungsfähig, ausgewogen und transparent – Reformschritte für einen glaubwürdigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

Vorsitz: Alena Trauschel

Der Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend (im Folgenden: BFA Familie) wurde bis Mai 2022 von **Grigorios Aggelidis** geführt. Im Zuge der Neubesetzung der Bundesfachausschüsse durch den Bundesvorstand wurde die Leitung des BFA Familie an **Alena Trauschel MdL** aus Baden-Württemberg vergeben.

Als Stellvertretende Vorsitzende im BFA wurden Bertold Bahner, Lilly Bergemann, Nicole Burda und Luca Lichtenthäler gewählt.

Die erste Sitzung der neuen BFA-Legislatur fand am **8. September 2022** online via GoTo-Meeting statt und hatte vor allem die Wahl der Sachverständigen als Ziel. Ebenso wurden die Themen für die Präsenzsitzung im Oktober festgelegt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände berichteten über Aktivitäten in den Landesverbänden und den Sozialverbänden vor Ort. Darüber hinaus wurde einvernehmlich beschlossen, sämtliche Sitzungen mit der Möglichkeit der Online-Zuschaltung durchzuführen, sodass die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt besser gewährleistet werden kann. Ebenso wurde beschlossen, dass die Sitzungen an Wochenenden samstags um 12 Uhr beginnen, sodass aus (fast) allen Ecken Deutschlands die Möglichkeit zur Anreise am gleichen Tag besteht.

Am **22. und 23. Oktober** fand im Hans-Dietrich-Genscher-Haus in Berlin die zweite Sitzung statt und beschäftigte sich mit den Themenblöcken „Internetsicherheit“ und „Aufarbeitung Corona-Folgen“. Hierbei wurden die inhaltlichen Schwerpunkte genauer definiert und eine Zuteilung in eine der Gruppen vorgenommen. Darüber hinaus hat ein BFA-Mitglied das Thema Nutzung der Rentenzeit vorgeschlagen, welches nun in einer Kleingruppe näher bearbeitet wird. Zur Arbeitsweise im BFA wurde vereinbart, dass ein Slack-Channel testweise eingerichtet wird und die Juli-Vertreter im BFA bei der Einrichtung den anderen Teilnehmern assistieren wird. Als Themen innerhalb des Großthemas „Aufarbeitung Corona-Pandemie“ wurden folgende Themen definiert:

- Soziale Vereinsamung
- Anerkennung von Care-Arbeit
- Angebote & Maßnahmen für Familien in Pandemie- und Krisenzeiten
- Häusliche Gewalt in den privaten Lebensräumen
- Masterplan After-Corona zur Aufarbeitung

Innerhalb des Großthemas „Internetsicherheit“ werden die Themen:

- Ausbeutung von Kindern & sexuelle Belästigung online
- Prävention für Eltern, Eltern internetfit machen
- Fake News & Internetsicherheit (welcher Seite kann ich vertrauen?)
- Digitalisierung für Senioren (Schutz vor Betrug, Sensibilisierung)
- Diskriminierende Algorithmen
- Rachepornos

definiert.

Ziel ist in beiden Arbeitsgruppen die Erarbeitung eines Antragspapiers mit Lösungsansätzen für kommende Krisen bzw. Lösungsansätzen für die Bewältigung der Digitalisierung als gesamte Gesellschaft.

Ende **Januar 2023** kam der BFA Familie zur dritten Sitzung, wieder in den Räumen des Hans-Dietrich-Genscher-Hauses in Berlin zusammen. Als Referent für den ersten Sitzungstag war Gaetan Roy, 1. Vorsitzender des netzwerk-m eingeladen, der einen Impuls zu den Megatrends bei der Jugend und der Gesellschaft im Allgemeinen hielt. In der anschließenden Diskussion zeigte sich, dass viele der Megatrends durch Corona einen Katalysator-Effekt erhielten und dadurch nun stärker durchschlagen als in vorherigen Generationen. Außerdem wurde die bereits oben beschriebene Slack-Gruppe eingerichtet und in Vorbereitung auf den 74. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP am 21.-23. April 2023 in Berlin, Antragsideen besprochen. Daraus resultierte der Antrag „Kinder schützen – Keine Kinderfotos ins Internet!“, der vom BFA Familie gestellt wird. Im weiteren Verlauf der Sitzung war Birgit Kimmel als Referentin der EU-Initiative „Klicksafe“ virtuell zuge-

schalten und hat erläutert, inwieweit Internetsicherheit heute bereits im Unterricht bei Kindern und Jugendlichen thematisiert wird und welche Angebote schon bestehen. Bei der Nachbesprechung ihres Impulses wurde festgestellt, dass insbesondere die Bekanntheit von solchen Angeboten noch ausbaufähig ist und nicht nur bei Lehrkräften, sondern auch bei Eltern und in der gesamten Gesellschaft mehr in den Vordergrund rücken kann.

Die nächste Präsenzsitzung des BFA Familie findet am **1. Und 2. Juli 2023** wieder in Berlin statt. Bei Interesse am Bundesfachausschuss Familie steht Alena Trauschel unter alena.trauschel@fdp.de jederzeit zum Austausch zur Verfügung. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



FINANZEN, STEUERN UND HAUSHALT



Vorsitz: Katja Hessel

Der Berichtszeitraum des hiesigen BFA war durch mehrere, überlagernde Ereignisse geprägt:

- Das langjährige Mitglied und vor allem der langjährige Vorsitzende dieses Ausschusses Dr. Volker Wissing wurde am 8. Dezember 2021 zum Bundesminister für Digitales und Verkehr ernannt. Dr. Wissing, der in seiner bisherigen politischen Laufbahn bereits einige Ämter in Partei, Fraktion(en) und Ministerien innehatte und hat, hat sich stets in besonderer Weise für die fachliche Parteiarbeit über diesen BFA unter Einbindung der Parteibasis engagiert. Der Ausschuss dankt Dr. Wissing für seine weit über ein Jahrzehnt hinausgehende und überdies prägende Arbeit als Mitglied, als Vorsitzender sowie als begeisterter Freund der Finanz- und Haushaltspolitik. Der BFA wünscht Dr. Wissing für sein neues Amt gutes Gelingen.
- Die praktische Arbeit des BFA wurde weiter signifikant durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie beeinflusst. Dank der seitens des HDGH zur Verfügung gestellten Videokonferenzlizenzen konnte der Ausschuss virtuell tagen. Die virtuellen Tagungen erfreuten sich in aller Regel eines hohen Zuspruchs.
- Darüber hinaus hat der Ausschuss im Zuge des Eintritts der Bundespartei in die Bundesregierung der 20. WP ein Frühkoordinierungsverfahren entwickelt und beschlossen, um eine enge Verzahnung unter anderem mit dem Bundesministerium der Finanzen, der Bundestagsfraktion sowie dem Bundesvorstand zu gewährleisten.

Mit dem Ende dieser Amtsperiode hat das ebenso langjährige BFA-Mitglied und Stv. Vorsitzende Hermann Rind sein Amt beendet. Auch Hermann Rind dankt der Ausschuss für die geleistete und qualitativ hochwertige Arbeit. Rind leitete zudem auch lange Jahre die Arbeitsgruppe Unternehmensteuern. Im Zuge der Neukonstituierung haben auch Angelika Hießerich-Peter als Stv. Vorsitzende und Dr. Michael Wolgast als Leiter der AG Finanzmärkte ihre Ämter übergeben. Auch ihnen gilt der Dank des BFA.

Zu einzelnen Videokonferenzen:

1. In der Videokonferenz am 11. April 2021 („Update Wirecard und Co.“) berichtete der Stv. Vorsitzende Philipp Iza Schilling zu den aktuellen Entwicklungen rund um den 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) der 19. WP zu Wirecard. Der Wirecard-PUA erwies sich in vielerlei Hinsicht als besonders:

- Anders als andere PUA tagte der Wirecard-PUA regelmäßig zwei bis drei Mal je Sitzungswoche (Regelfall ein Mal pro Sitzungswoche). Obmann für die FDP-Bundestagsfraktion war Dr. Florian Toncar.
- Obwohl erst im Oktober 2020 eingesetzt, hatte der Wirecard-PUA im April 2021 bereits mehr Zeugen vernommen und Akten erhalten als der 2. PUA der 19. WP zur Maut (eingesetzt im Nov. 2019).
- Hohe Anzahl von personellen Konsequenzen im Zusammenhang mit dem Wirecard-PUA: BaFin-Präsident Hufeld, BaFin-Exekutivdirektorin Roegele, BaFin-Exekutivdirektorin Freiwald, EY-Deutschlandchef Barth, EY-Beauftragter für Standards Dr. Orth, Leiter der Abschlussprüfer-Aufsichtsstelle Bose, Präsident der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung Prof. Dr. Ernst, Analystin der Commerzbank Pauls, Aufsichtsrat der Deutschen Bank Schütz.
- Der Skandal um den Zusammenbruch des Wirecard-Konzerns, die hohe Zahl an geschädigten Anlegern und Investoren und die während des Wirecard-PUA aufgedeckten Versäumnisse von Aufsichtsinstitutionen führten zu umfangreichen Reformen wie etwa dem Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz oder der BaFin-Reform.

Außerdem trug Iza Schilling zu den Reformmaßnahmen bei der BaFin in Bezug auf private Finanzgeschäfte von BaFin-Bediensteten sowie zu den Vorgängen bei der Greensill Bank vor.

2. Die Videokonferenz am 7. April 2022 („Update Steuerrecht“) war geprägt durch den Vortrag der damaligen Vorsitzenden des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages Katja Hessel und des Stv. Vorsitzenden Carsten Rothbart. Beide trugen zu aktuellen steuerpolitischen Vorhaben der Bundesregierung der 19. WP vor.

Intensiv vorgestellt und beraten wurden insbesondere folgende Gesetze der Bundesregierung der 19. WP (mit ausgewählten Hinweisen):

- **Gesetz zur Umsetzung der Anti-Steuervermeidungsrichtlinie (ATAD-Umsetzungsgesetz)** Nach jahrelangem Streit innerhalb der Bundesregierung der 19. WP hatte die Kommission wegen der nicht fristgerechten Umsetzung der ATAD-Richtlinie ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet.
- **Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechte (KöMoG)** Kern des Gesetzes war die Einführung einer Option, die es Personengesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften ermöglicht, wie eine Kapitalgesellschaft besteuert zu werden.
- **Gesetz zur Änderung des Grunderwerbsteuerrechts (Share Deals)** Mit dem Gesetz sind insbesondere die Quoren bei den Ergänzungstatbeständen in § 1 GrEStG abgesenkt und die Haltefristen verlängert worden.
- **Gesetz zur erleichterten Umsetzung der Reform der Grundsteuer und Änderungen weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (Grundsteuerreform-Umsetzungsgesetz)**
- **Gesetz zur Abwehr von Steuervermeidung und unfairem Steuerwettbewerb und zur Änderung weiterer Gesetze (Steuroasen-Abweggesetz)** Das Gesetz setzte die Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union zur EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke (sog. schwarze Liste) um.
- **Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz**
- **Fondsstandortgesetz** Mit dem Gesetz wurden EU-Rechtsakte umgesetzt, Änderungen des Kapitalanlagegesetzbuchs zur Entbürokratisierung und zur Digitalisierung der Aufsicht vorgenommen.
- **Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts**

3. Die Videokonferenz am 8. April 2021 („Update Haushalt“) behandelte die Haushaltspolitik. Vortragende waren die BFA-Mitglieder Dr. Holger Zemanek und Axel Barth. Souverän und detailliert führten die Vortragenden durch Themen wie etwa

- die Regel- sowie Ausnahmenvorschriften der Schuldenbremse nach Art. 115 GG;
- die Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme auf Basis der strukturellen sowie konjunkturellen Komponente;
- Fragen zur EU-Haushaltspolitik;
- Einzelfragen zur Aufstellung des Bundeshaushalts.

An der Sitzung teilnehmende Abgeordnete aus der damaligen AG Haushalt der FDP-Bundestagsfraktion wie Otto Fricke, Karsten Klein und Ulla Ihnen ergänzten die Ausführungen im Hinblick auf ihre Berichterstattungen

im Haushaltsausschuss.

Die Teilnehmer der Sitzung dankten für bisher so nicht bekannte Inhalte.

4. Am 6. Oktober 2021 fand eine Videokonferenz mit einem Fachvortrag von Constantin Fabricius vom Verband deutscher Kreditplattformen (VdK) sowie Jens Siebert, Co-Founder von Invesdor statt. Die Vortragenden erklärten die Unterschiede zwischen digitalem Fremdkapital, Vergleichs- und Vertriebsplattformen sowie dem grauen Kapitalmarkt. Sie stellten dar, welchen Compliance-Regeln sich die im VdK organisierten Mitglieder unterwerfen müssten und welche ESG-Standards für Produkte künftig gelten sollten. Darüber hinaus erläuterten sie finanzpolitische und vor allem investitionsrelevante Aspekte der EU-Crowdfundingverordnung.

5. In der Videokonferenz am 25. Oktober 2021 führten Dr. Claus Stickler, geschäftsführender Direktor der ALLIANZ Investment Management SE und Dr. Wilhelm Ruprecht, Bevollmächtigter der Hauptstadtrepräsentanz der ALLIANZ SE zum Thema „Solvency II und Investitionsmöglichkeiten“ aus.

Die Vortragenden stellten die für Versicherer wesentlichen Vorgaben von Solvency II vor. Erörtert wurden an welchen regulatorischen Schnittstellen auch Incentivierungen für Investitionen gesetzt werden könnten. Im Nachgang zur fachlichen Diskussion rund um Solvency II informierte Iza Schilling den BFA zum aktuellen Stand der Sondierungen. SPD, Grüne und FDP hatten sich am 15. Oktober 2021 auf ein Sondierungspapier verständigt. Es fand eine Diskussion des BFA zum Inhalt des Sondierungspapiers statt.

Ferner unterrichtete Iza Schilling zu den Koalitionsverhandlungen, insbesondere zu den eingerichteten Arbeitsgruppen. Aus finanz- und haushauspolitischer Sicht war die Arbeitsgruppe 22 „Finanzen und Haushalt“ von besonderem Interesse. In dieser AG waren die Bundestagsabgeordneten Christian Dürr, Otto Fricke, Katja Hessel und Dr. Florian Toncar vertreten. Ebenso waren der Abgeordnete des Europaparlaments Moritz Körner und der Landtagsabgeordnete Christian Grascha Teil der FDP-Delegation.

6. Die Videokonferenz am 11. November 2021 widmete sich der vielsichtigen Thematik zu den „Herausforderungen und Chancen bei der Unternehmensnachfolge in Deutschland“. Jürgen Kilger, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz erläuterte plastisch die vielfältigen Schwierigkeiten bei der Übergabe des Betriebs an die nachfolgende Generation oder an neue Betriebsinhaber.

Dabei würde sich der zunehmende Fachkräfteman-

gel auch auf die Unternehmensnachfolge auswirken. Je geringer der Pool an potentiellen Kandidaten sei, desto schwieriger gestalte sich die Suche nach für den konkreten passenden Kandidaten. Obwohl es bereits Programme wie „Nachfolgelotsen“ gebe, dauere die Suche nach einem Nachfolger oftmals länger.

Darüber hinaus schreke die beständig wachsende Bürokratie einige Bewerber von der Übernahme des Unternehmens ab (Lieferkettengesetz, Taxonomie, Dokumentationspflichten etc.).

Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass bei tradierten Unternehmen bisweilen der Eindruck entstehe, die Politik fokussiere sich einseitig auf Start ups und High Tech-Gründungen, während der Mittelstand vernachlässigt werde.

7. Die Videokonferenz am 28. Februar 2022 fand unter dem Eindruck des Eintritts der Bundespartei in die neue Bundesregierung statt.

Iza Schilling stellte anhand einer Präsentation einen Vorschlag für ein neues Verfahren der Frühkoordination mit dem Bundesministerium der Finanzen, der Bundestagsfraktion sowie dem Bundesvorstand vor. Dessen Ziel ist es, die Arbeit des BFA noch enger an die politischen Entscheidungsträger anzukoppeln. Der BFA nahm den Vorschlag als neue Arbeitsverfahrensgrundlage an. Diese sieht im Kern vor, dass

- eine Themenmatrix eingerichtet wird, die gleichsam eines Ideenspeichers sämtliche Ideen und Vorschläge sammelt;
- alle Ideen zunächst unter Bereitstellung eines sog. OnePagers durch den Ideengeber vorgestellt werden;
- alle vom BFA-Plenum in einem ersten Schritt angenommen Ideen mit BMF, BT-Fraktion und/oder BuVo rückgekoppelt werden;
- nach Rückkoppelung der BFA über die weitere bzw. finale Behandlung der Idee bzw. des Vorschlages entscheidet. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



GESUNDHEIT

Vorsitz: Christine Aschenberg-Dugnus

Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Luzie Braun-Durlak, Robert-Martin Montag, Dr. Stefan Schönberger Dirk-Heinrich Heuer (Schriftführer)

Die Sitzungen des Bundesausschusses fanden im Berichtszeitraum März 2021 bis Februar 2023 zu folgenden Terminen statt:

1. 04.12.21 digital (Corona)
2. 12.02.22 digital (Corona)
3. 01.07.22/02.07.22 in Düsseldorf
4. 04.11.22/05.11.22 in Berlin, HDGH (konstituierende Sitzung)
5. 17.02.23/18.02.23 in Berlin, HDGH (hybride Sitzung)

Die BFA Sitzungen haben sich mit folgenden Themen befasst:

Sitzung 04.12.21:

- Koalitionsvertrag Gesundheit und Pflege
- Infektionsschutzgesetz

Sitzung 12.02.22:

- Bericht aus dem Gesundheitsausschuss
- Vorstellung der neuen MdBs im Gesundheitsausschuss
- Antrag „Nachhaltigkeit und Umweltschutz im medizinischen Bereich“
- Arbeitsgruppen:
 1. Digitalisierung
 2. Pflege

Sitzung 01./02.07.22:

- Vorstellung der KV Nordrhein
- Bericht aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages
- Antrag „Gewerbliches Anbieten von Heilkunde verhindern“
- Antrag „Nachhaltigkeit und Umweltschutz im medi-

zischen Bereich“

- Antrag „Fachkräftemangel in Heilberufen verhindern“
- Antrag „Entfesselung des vollen Potenzials digitaler Gesundheitsinnovationen“
- Überwiesene Anträge BPT A2001/A3003/Äantrag zu A3003

Konstituierende Sitzung 04.11./05.11.22:

Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Luzie Braun-Durlak, Dr. Stefan Schönberger, Thomas Wuttke, Dirk-Heinrich Heuer (Schriftführer)

- Wahl der Mitglieder des BFA Gesundheitspolitik (10 Sachverständige)
- Anträge
- Bericht aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestage
- Neubesetzung folgender AGs:
 1. Intersektorale Versorgung
 2. Pflege
 3. Digitalisierung
 4. Reform der Krankenversicherung
 5. Umwelt und Gesundheit
- Beamte in der GKV - Positionierung

Sitzung 17.02/18.02.23 als Hybridsitzung:

- Lieferengpässe bei Arzneimitteln
- Krankenhausreform
- GOÄ
- Antrag „Für die bundesweite Einführung eines Branchen-Monitorings und eine Matching-Plattform“
- Künstlersozialkasse
- Bericht aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages
- Berichte AGs:
 1. Intersektorale Versorgung
 2. Digitalisierung
 3. Reform der Krankenversicherung
 4. Umwelt und Gesundheit
 5. Pflege
- Kommunikation innerhalb des BFA

Der Bundesfachausschuss hat folgende Anträge zum Bundesparteitag gestellt:

- Nachhaltigkeit und Umweltschutz im medizinischen Bereich
- Fachkräftemangel bei den Heilmittelerbringern verhindern
- Entfesselung des vollen Potenzials digitaler Gesundheitsanwendungen (DiGA)
- Sicherheit von Patientinnen und Patienten gewährleisten
- Grundlagenwissen zu weiblicher Genitalbeschneidung (Mutilation) erhöhen

Der Bundesfachausschuss Gesundheit tagt – außerhalb von Corona Zeiten – dreimal pro Jahr. Mindestens einmal pro Jahr findet der BFA außerhalb Berlins statt, wobei darauf Wert gelegt wird, im Wahlkampf befindliche Landesverbände zu unterstützen.

Die Arbeitsgruppen stellen in jeder BFA Sitzung ihre Ergebnisse vor.

Die Anzahl der Gäste ist ausgeweitet worden, um interessierten Neu-/Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich thematisch einzubringen. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS INTERNATIONALE POLITIK



2021 bis Mai 2022
Vorsitz: Michael Link

Der BFA Internationale Politik tagte zwischen Januar 2021 und Mai 2022 zweimal im großen Plenum als BFA und zahlreiche Male vertiefend in seinen vier Fachgruppen Europa, Entwicklungspolitik, Sicherheit/Verteidigung und Außen/Menschenrechte. Zur Koordinierung der separat tagenden Facharbeitsgruppen und für akute Fragestellungen in dieser durch Bundestagswahlkampf und Koalitionsverhandlungen terminlich besonders eng getakteten Zeit tagte der BFA-Vorstand in diesem Zeitraum sieben Mal digital und traf sich zusätzlich einmal persönlich zu einem vertieften Austausch mit dem neuen Generalsekretär Bijan Djir-Sarai zu aktuellen internationalen und europäischen Themen sowie zur Positionierung der FDP nach der Regierungsbildung in der Koalition.

Nach 10 Jahren als Vorsitzender des Bundesfachausschusses, in der es für den scheidenden Vorsitzenden Michael Link eine Ehre war, mit den engagierten und profilierten Mitgliedern des Bundesfachausschusses den inhaltlichen Austausch mit Experten aus Wissenschaft und Politik zu suchen, bestehende Netzwerke der Partei im deutschen, europäischen und internationalen Raum zu pflegen und die Beschlusslage der Partei inhaltlich weiterzuentwickeln, erfolgte nach seiner Wahl zum Bundesschatzmeister auf dem Bundesparteitag 2022 die Staffelübergabe an die Europaabgeordnete Svenja Hahn als neue Vorsitzende, die gemeinsam mit den BFA-Mitgliedern unsere Programmatik insbesondere mit Blick auf die Europawahl 2024 weitergestalten wird.

Digitale Sitzung BFA Internationale Politik am 20. März 2021

Der BFA diskutiert nach einem spannenden Impulsvortrag durch Gerhard Schindler, Präsident des Bundesnachrichtendienstes a.D., die Schwerpunkte und Herausforderungen deutscher und europäischer Sicherheitspolitik. Neben Fragen zu Sicherheitsstrategien und Sicherheitsarchitektur in Deutschland und Europa werden konkrete regionale Konflikte und Gefahren ana-

lysiert und die Zusammenarbeit der deutschen Dienste untereinander sowie mit europäischen und internationalen Verbündeten thematisiert. Daran schließen sich die Kurzberichte aus der aktuellen parlamentarischen Arbeit der Bundestagsfraktion durch Alexander Graf Lambsdorff, MdB sowie einer Reihe weiterer MdBs des Arbeitskreises IV an, auf denen aufbauend u.a. Fragen zur deutschen und europäischen Positionierung im Umgang mit den USA, China und Russland, zum EU-Aufbauinstrument Next-Generation EU, zur Ratifizierung des EU-Eigenmittelbeschlusses und zur EU-Zukunftskonferenz vertieft werden. Nicola Beer, MdEP ergänzt darüber hinaus zur Beratung der Programmkommission im Allgemeinen und der Programmarbeitsgruppe EUROPA im Speziellen mit A- und B-Modulen. Der BFA diskutiert über das nicht leicht aufzulösende Spannungsverhältnis zwischen fachlicher Detailtiefe und Differenziertheit, insbesondere in der internationalen Politik und der kompakten Übersichtlichkeit und Verständlichkeit eines Wahlprogramms. Die Fachgruppen kündigen nach der Sichtung des aktuellen Stands des Wahlprogramm-entwurfs noch die Erarbeitung einiger weniger, aber zwingend notwendiger Änderungsanträge des BFA für den Bundesparteitag an.

Weitere bearbeitete Themen im Plenum und in den Fachgruppen: Verfasstheit und Ausstattung der Dienste, Kontrolle der Nachrichtendienste, Cyber-sabotage, USA-China-Konflikt, Russland, Iran, Indien, Piratentätigkeiten im Golf von Guinea, Nord Stream 2, europäische Impfkarte, Grenzschießungen, Vernetzter Ansatz, Kohärenz und Koordinierung im „auswärtigen Handeln“ der Bundesregierung, Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, neue Handelsstrategie der EU, Direktwahlakt sowie der Antrag „Höher, schneller, digitaler: Für eine liberale Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr“.

Digitale Sitzung BFA Internationale Politik am 15. Januar 2022

Der BFA Internationale Politik wird vom designierten Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, MdB begrüßt, der die wichtige Rolle des BFA angesichts der dramatischen Veränderungen weltweit und zunehmender Konflikte

würdigt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die FDP keine „internationalen Häuser“ in der Bundesregierung besetzt. Mit Alexander Graf Lambsdorff, MdB, Verhandlungsführer der Koalitionsarbeitsgruppe Außen und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, diskutiert der BFA den Koalitionsvertrag und tauscht sich zum aktuellen Stand des Aufbaus und der Arbeit der Bundestagsfraktion aus. Ergänzend informieren die Ausschussvorsitzende des Menschenrechtsausschusses Renata Alt, MdB, der „amtierende“ Vorsitzende des AwZ, Dr. Christoph Hoffmann, MdB, Markus Faber, MdB sowie Michael Link, MdB zu aktuellen Entwicklungen und Diskussionen im Bereich Menschenrechte, Entwicklung, Sicherheit/Verteidigung und Europa, hier insbesondere auch zu Überlegungen zur strategischen und institutionellen Aufstellung und Vernetzung in Bereichen ohne liberale Ressorts. Aus Brüsseler Sicht und als Verhandlungsführerin der FDP für die Koalitionsarbeitsgruppe begrüßt Nicola Beer, MdEP / Vizepräsidentin des EP, das starke Europakapitel mit einem blau-gelben europapolitischen Faden im Koalitionsvertrag. Der Bundesfachausschuss unterstützt ihren Appell nach einer weiter zu verstärkenden Europakoordinierung und Abstimmung zwischen Berlin und Brüssel. Im Anschluss tagen die Facharbeitsgruppen Europa (Prof. Dr. Frank Hoffmeister); Außenpolitik & Menschenrechte (Dr. René Klaff), Sicherheit (Christian Blume) sowie Entwicklungspolitik (Daniela Zehentner-Capell) digital vertiefend zur Vorbereitung des Bundestageparties und der Initiativen der Fachgruppen. Nach Vorstellung zur Genese und Struktur „Liberale Soldaten & Veteranen E.V.“ unterstützt das Gesamtplenium des Bundesfachausschusses nachdrücklich deren Ansinnen zur offiziellen Vorfeldorganisation der FDP zu werden.

Weitere bearbeitete Themen im Plenum und in den Fachgruppen: Antrag „Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats, um den neuen Sicherheitsherausforderungen wirkungsvoll zu begegnen“; Antrag „Schutz von „Geistigem Eigentum“ weltweit erhalten – Know-How-Transfers in Entwicklungsländern fördern“; Antrag „Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union bewahren und durchsetzen“; Antrag „Beschaffungswesen“; weitere Themen Cyberfähigkeit; Vernetzte Sicherheit; nukleare Teilhabe; Rechtsstaatlichkeit; Mali; Nationale Sicherheitsstrategie; Humanitäre Hilfe, Lieferkettengesetz; afghanische Ortskräfte; Zukunftskonferenz; Bankenunion, Glaubwürdigkeit im Erweiterungsprozess, Resilienz



**Ab Mai 2022
Vorsitz: Svenja Hahn**

Nach der Ernennung von Svenja Hahn, MdEP, als Nachfolgerin des langjährigen Vorsitzenden Michel Link, MdB, kam der Bundesfachausschuss Internationale Politik im Septem-

ber 2022 zu seiner konstituierenden Sitzung in Berlin zusammen. Es folgten zwei weitere digitale Sitzungen zur strategischen Ausrichtung des BFA in den kommenden Jahren sowie zur Vorbereitung des Bundestageparties im April 2023. Der neue Vorstand tagte fünf Mal online, darunter einmal mit FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai.

Seit seiner Neuzusammensetzung hat der BFA Internationale Politik bereits zwei Anträge in den Bundesvorstand eingebracht, die nun Beschlusslage der Bundespartei sind: Zum einen den Antrag „An der Seite der iranischen Frauen im Kampf um Freiheit“, eingebracht gemeinsam mit den Jungen Liberalen, zum anderen den Antrag „Auch Russland steht nicht über dem Völkerrecht – Eine liberale Antwort auf den russischen Angriffskrieg“, zusammen mit dem BFA Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz.

In den ersten Monaten nach Konstituierung erarbeitete der BFA-Vorstand unter Einbeziehung der Mitglieder eine Strategie mit den Arbeitsprioritäten des Bundesfachausschusses für die kommenden Jahre. Die Arbeit des BFA wird demnach auf drei Säulen basieren:

1. Tagesaktuelle Themen

Ziel des BFA Internationale Politik ist es, zur Positionierung der FDP bei tagesaktuell aufkommenden Themen der internationalen Politik beizutragen. Dies soll in enger Abstimmung mit der Bundespartei, FDP-Bundestagsfraktion und der FDP-Delegation im Europäischen Parlament geschehen.

2. Strategische Lücken

In der aktuellen Amtszeit nimmt sich der BFA vor, möglichst viele programmatische Lücken zu identifizieren und zu schließen, die derzeit in den Wahlprogrammen und Beschlüssen der FDP bestehen. Zudem will der BFA dazu beitragen, inzwischen überholte Positionen zu aktualisieren und auf die derzeitige Weltlage anzupassen.

3. Europawahlprogramm 2024

Der BFA Internationale Politik möchte sich aktiv in die Erarbeitung des Programms zur Europawahl 2024 einbringen. Die Programmkommission möchte der BFA durch seine Expertise, insbesondere im Rahmen der Fachgruppe Europa, unterstützen.

Konstituierende Sitzung BFA Internationale Politik am 23. und 24. September 2022 in Berlin

Neben der Verabschiedung des langjährigen Vorsitzenden Michael Link, MdB, und der Übergabe des Vorsitzes an Svenja Hahn, MdEP, stand die konstituierende Sitzung des BFA ganz im Zeichen der Neuwahlen des Vorstands, der Fachgruppenleiter und der Sachverständigen. Die inhaltliche Arbeit des Bundesfachausschusses wird auch künftig in den vier Fachgruppen

Außen und Menschenrechte (Leitung Dr. René Klaff), Entwicklung (Leitung Daniela Zehentner-Capell), Europa (Leitung Dr. Frank Hoffmeister) und Sicherheit (Leitung Ilka Schantz) organisiert. Neben der Vorsitzenden und den Fachgruppenleitern wurden Phil Hackemann, Sven Hilgers, Gudrun Kopp und Marina Schuster als stellvertretende Vorsitzende in den BFA-Vorstand gewählt. Manfred Eisenbach gehört dem Vorstand auch weiterhin als kooptiertes Mitglied an. Zudem wählten die Mitglieder 10 Sachverständige hinzu, die dem BFA mit ihrer ausgewiesenen außen- und sicherheitspolitischen Expertise zur Seite stehen.

Die inhaltliche Arbeit begann bei der Auftaktsitzung mit Berichten von Nicola Beer, MdEP, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Michael Link, MdB als Europapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Transatlantikkoordinator der Bundesregierung. Darüber hinaus hatte der BFA Gelegenheit, sich nach dessen Impulsvortrag mit dem neuen Direktor und CEO der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Dr. Guntram Wolff über die aktuelle Weltlage und kommende Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine auszutauschen. Zusätzlich zur breiten Diskussion im Plenum des BFA nahmen auch die vier Fachgruppen ihre Arbeit in gesonderten Sitzungen auf.

Außerordentliche Online-Sitzung am 30. November 2022

Basierend auf der inhaltlichen Diskussion bei der konstituierenden Sitzung sowie den Gesprächen in den Fachgruppen entwarf der BFA-Vorstand ein Prioritätenpapier, das insbesondere die strategischen Lücken der FDP-Beschlusslage erfasst und einen Zeitplan für die Bearbeitung der entsprechenden Themen im BFA aufstellt. In der Sitzung am 30. November stellte der BFA-Vorstand den Mitgliedern des Bundesfachausschusses das Papier vor und lud zur Diskussion der identifizierten Themenfelder ein.

Digitale Sitzung BFA Internationale Politik am 22. Januar 2023

Die erste Sitzung des BFA war geprägt von einem intensiven Austausch der BFA-Mitglieder mit FDP-Mandatsträgern zu zahlreichen aktuellen Entwicklungen. So berichtete die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Nicola Beer, MdEP, von der Arbeit der FDP-Delegation und der Renew Europe-Fraktion im Europäischen Parlament sowie vom beginnenden Prozess hin zum Europawahlprogramm 2024. Alexander Graf Lambsdorff, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag gab einen ausführlichen Einblick in die Arbeit der Fraktion, insbesondere mit Blick auf die Zusammenarbeit mit den

Koalitionspartnern, die Nationale Sicherheitsstrategie und den neuen Verteidigungsminister Boris Pistorius. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ulrich Lechte, MdB, berichtete von der jüngsten Reise mehrerer FDP-Abgeordneter nach Taiwan, insbesondere mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen durch die Volksrepublik China. Von seiner Reise in die Ukraine und die dortigen Bedarfe an militärischer Unterstützung berichtete Dr. Marcus Faber, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Im Anschluss an die vier Berichte entwickelte sich eine lebhafte und detailreiche Diskussion mit den Abgeordneten.

Die vier Fachgruppenleiter informierten über den aktuellen Arbeitsstand in ihren Fachgruppen, die zwischen den BFA-Sitzungen unabhängig voneinander tagten und Arbeitspapiere sowie Anträge für den Bundesfachausschuss, den FDP-Bundesvorstand und den FDP-Bundesparteitag vorbereiten •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



JUSTIZ, INNEN, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Vorsitz: Dr. Matthias Schulenberg

Im Berichtszeitraum vom 1. Januar 2021 bis heute tagte der BFA in insgesamt acht Sitzungen, aufgeteilt jeweils in Frühjahrssitzung und Herbstsitzung mit verschiedenen Sondersitzungen nach der Bundestagswahl. Zwischen den Sitzungen findet die Willensbildung elektronisch statt. Vorsitzender für den genannten Zeitraum war und ist Dr. Matthias Schulenberg. Stellvertretende Vorsitzende waren Dr. Torsten Brand und Prof. Dr. Wilfried Bernhardt. Auf der Herbstsitzung 2022 wurden bei der turnusmäßigen Neukonstituierung die beiden stellvertretenden Vorsitzenden in ihren Ämtern bestätigt.

Auf der – virtuell stattfindenden – **Frühjahrssitzung 2021 am 19./20. März 2021** standen – neben aktuellen Themen – insbesondere die Beratung des aktuellen Standes des Bundestagswahlprogrammes im Mittelpunkt, zu dem der BFA eine Fülle von Änderungen verabschiedete und dem Bundesvorstand zur Beratung und Einarbeitung in den Entwurf zukommen ließ. Ein sehr großer Teil der Änderungsvorschläge floss dann in das finale Bundestagswahlprogramm ein. Weitere Themen waren u.a. Anträge zur IT-Sicherheit und Stärkung digitaler Abwehrkräfte und zur Liberalisierung des Namensrechts.

Zur Vorbereitung und Begleitung der Koalitionsverhandlungen fand am **11. Oktober 2021** ein digitaler Austausch statt. Mit den daraus resultierenden Ergebnissen, Tendenzen, Ideen und Themenzusammenstellungen sowie der Prioritätensetzung nahm der Vorsitzende an den Koalitionsverhandlungen in der AG 16 teil. Zudem konnte der Vorsitzende – unter Berücksichtigung der für die Koalitionsverhandlungen vereinbarten Vertraulichkeit – für Einzelfragen auf die Expertise von kleinen Expertenkreisen des BFA zurückgreifen, was zu einzelnen Themen auch praktiziert wurde. Die Herbsttagung 2021 wurde dann wegen der laufenden Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung auf den Januar 2022 verschoben.

In einer virtuellen Sitzung am **21. Januar 2022** berichteten die anwesenden Teilnehmer aus den Koalitionsverhandlungen und erläuterten den geschlossenen

Koalitionsvertrag. Es wurden eine Reihe von Unterarbeitsgruppen für verschiedene Themen eingesetzt, die parallel zu den anstehenden Gesetzgebungsvorhaben detaillierte Positionen der FDP im BFA erarbeiten und sie dem BFA zur Beschlussfassung vorlegen sollten, und zwar zu den Themen Kollektiver Rechtsschutz, Strafrecht/Strafprozessrecht, Vorratsdatenspeicherung, Reform der Nachrichtendienste und Sicherheitsarchitektur, Gesellschaftsrecht, Familienrecht, digitale Justiz und digitales Zivilprozessrecht und europäische Justiz- und Innenpolitik. Arbeitsweise und Themensetzung/Bearbeitung erfolgten in den Unterarbeitsgruppen eigenverantwortlich. Weiter wurde in der Sitzung über die Ansätze zur Überprüfung der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland sowie über den Pakt für den Rechtsstaat und die Erweiterung zum Digitalpakt diskutiert. Ferner stand auf der Tagesordnung die Diskussion zum Thema „Vermögensbindung und „Verantwortungseigentum“ als neue Gesellschaftsform“.

Am **23. Februar 2022** fand eine virtuelle Sondersitzung statt, in der Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann die aktuellen und priorisierten Vorhaben des BMJ vorstellte und mit dem Bundesfachausschuss diskutierte.

Auf der Frühjahrstagung am **11./12. März 2022** tagte der Bundesfachausschuss nach der Pandemie zum ersten Mal wieder in Präsenz. Die Unterarbeitsgruppen hatten inzwischen eine Reihe von Beschlussvorlagen erarbeitet. Folgende Beschlüsse des BFA wurden gefasst: Auf Vorlage der UAG digitale Justiz und digitales Zivilprozessrecht ein umfassender Beschluss zur Digitalisierung im gerichtlichen Verfahren, zu neuen Impulsen durch eine Bund-/Länder Zusammenarbeit im Bereich e-Justice, zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beim Rechtsschutz zur grundsätzlichen maschinenlesbaren Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen in einer Datenbank und zu digitalen Vollstreckungstiteln; auf Vorlage der UAG europäische Justiz- und Innenpolitik ein Beschluss zum Thema „Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union bewahren und durchsetzen“, mit der Forderung, das Art. 7-Verfahren kurzfristig abzuschließen, den Rechtsstaat-Check auszuweiten, Konditionalitäts-Mechanismen konsequent anzuwenden und bestehende Vertragsverletzungsverfahren zu bündeln.

Ein entsprechender Beschluss wurde auf dieser Grundlage inzwischen vom Bundesvorstand verabschiedet; auf Vorlage der UAG Kollektiver Rechtsschutz, ein Beschluss zur Umsetzung der EU-Verbandsklage in nationales Recht; auf Vorlage der UAG Familienrecht ein umfangreicher Beschluss zur rechtlichen Umsetzung familienrechtlicher Überlegungen aus der Koalitionsvereinbarung, u.a. zu den Themen Abstammungsrecht, Mit-Mutterschaft und Sorgeerklärung. Dabei wurden Vorschläge zur Reform der §§ 1591 und 1592 BGB (Definition der Mutter, Definition der Mit-Elternschaft, Definition Vater) und zur Sorgeerklärung über ein kleines Sorgerecht im Rahmen einer Elternvereinbarung verabschiedet. Ferner fand eine Diskussion zum Referentenentwurf über virtuelle Hauptversammlungen statt. Sämtliche Beschlüsse sind in die Diskussion zu den laufenden Gesetzgebungsvorhaben eingeflossen.

Am **22. Juni 2022** fand eine weitere virtuelle Sitzung statt, auf der neben aktuellen Themen der Rechts- und Innenpolitik auf Vorlage der UAG Gesellschaftsrecht ein Beschluss zum Thema „Gesellschaft mit gebundenen Vermögen“ gefasst wurde. Darin äußert sich der BFA kritisch zu dem Vorschlag, eine neue entsprechende Rechtsform zu schaffen und regt stattdessen eine Überarbeitung des Stiftungsrechtes an. Weitere Themen waren u.a. die Einführung von Videoverhandlungen in der Justiz, das Infektionsschutzgesetz, die Streichung des § 219a StGB sowie der nationale Rückführungsbeauftragte zur Zurückführung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber.

Auf der Herbstsitzung am **25./26. November 2022** beriet der BFA auf Vorlage der UAG Vorratsdatenspeicherung ein Papier zur Einführung einer Sicherungsanordnung für Verkehrsdaten (Quick Freeze). Er beriet ferner über die Beschleunigung des Planungsrechtes in der Zuständigkeit des BMJ. Ferner fasste der BFA einen Beschluss zur Einführung einer reinen Online-Eigentümerversammlung im WEG mit Rückholbarkeit im Präsenz- oder Hybridformat. Weitere Diskussions Themen waren u.a. der neue § 130 StGB, eine Reform des Außenwirtschaftsrechtes sowie eine Reform der Tötungsdelikte. Schließlich wurden die verwiesenen Anträge des 73. Bundesparteitages beraten und Beschlüsse zur Streichung des § 362 Nr. 5 StPO, zur Teilhabe an Wahlen für Auslandsdeutsche und zum Recht auf Verschlüsselung gefasst. Auf Vorlage der UAG europäische Justiz- und Innenpolitik wurde ferner ein umfassender Beschluss zu einer liberalen Antwort auf den russischen Angriffskrieg gefasst, der sich insbesondere juristischen Fragestellungen der Ahndung der erfolgten Kriegsverbrechen widmete. Der Beschluss wurde im Anschluss mit dem BFA Internationales koordiniert und als gemeinsamer Antrag dem Bundesvorstand zur Beschlussfassung übermittelt, der den Beschluss in abgewandelter Form verabschiedete.

Auf der **Frühjahrssitzung 2023 am 17./18. März** wurden neben aktuellen Fragen der deutschen Justizpolitik auch die aktuelle Entwicklung der europäischen Rechts- und Innenpolitik erörtert. Diskutiert wurden ebenfalls Fragestellungen zur Bewältigung zivilprozessualer Massenklagen, zu Ton- und Videoaufzeichnung von strafprozessualen Hauptverhandlungen und erneut das Außenwirtschaftsrecht. Ein Schwerpunkt der Tagung war auch eine Beratung zur Reform der Juristenausbildung •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



KIRCHE, RELIGIONS- UND WELT- ANSCHAUUNGSGEMEINSCHAFTEN

Vorsitz: Dieter Kleinmann

Dem Bundesausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gehören Mitglieder christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens an.

Stellvertretende Vorsitzende sind seit September 2022: Karoline Preisler, Anna Staroselski, Arndt Scheffler und Jörg Diehl.

Bei der konstituierenden Sitzung nach der Neuausschreibung des BFA wurden wieder vier Arbeitskreise eingerichtet:

1. Grundsatzfragen und Religionsverfassungsrecht,
2. Jüdisches Leben und Antisemitismus,
3. Stärkung des liberalen Islams und
4. Christentum.

Besonders erfreulich ist die enge Zusammenarbeit mit der liberalen Ibn Rushd-Goethe Moschee, die sich dem Grundgesetz verpflichtet weiß und die Gleichstellung von Mann und Frau als selbstverständlich ansieht. Das Tragen eines Kopftuches ist nicht zwingend, sondern der Entscheidung jeder muslimischen Frau selbst überlassen. Die Mitglieder engagieren sich im interreligiösen Dialog und treten für einen progressiven, zeitgemäßen Islam ein. Die Leiterin und Imamin Seyran Ateş ist Mitglied des BFA (Zuwahl als Expertin).

Die ursprünglich geplante Hybridsitzung des BFA am **03./04.12.2021** im Landtag von Baden-Württemberg und in der FDP-Landesgeschäftsstelle in Stuttgart musste – Corona bedingt – abgesagt werden. Dies war vor allem deshalb bedauerlich, da em. Professor Dr. theol. Wilfried Härle (Stuttgart) seine Teilnahme zugesagt hatte, um mit dem BFA über das sog. „Hamburger Modell“ (Religionsunterricht) zu sprechen, Dies sieht er in Bezug auf Art. 7 Abs. 3 GG kritisch, spricht sich aber gleichzeitig für einen „Religionsunterricht unter pluralistischen Bedingungen“ aus. Das Thema bleibt auf der Agenda des BFA.

Weitere Themen des BFA waren bei den Sitzungen am **25./26.03.2022** und am **02./03.09.2022** im HDGH in Berlin:

- Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen,
- geschäftsmäßig assistierter Suizid - § 217 StGB
- Erstellung eines Maßnahmenkatalogs gegen Antisemitismus und
- Teilnahme des BFA am 38. DEKT vom 07.-11.06.2023 in Nürnberg mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ (Messegelände).

Die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen gem. Art. 140 GG i. V. m. Art.138 Abs.1 WRV befürwortet der BFA, da sie verfassungsrechtlich geboten ist, ebenso die dabei vorgesehene Anwendung des Äquivalenzprinzips (aktuell gezahlte Staatsleistungen mal einem noch auszuhandelnden Faktor).

Beim „geschäftsmäßig assistierten Suizid“ spricht sich der BFA dafür aus, die Suizidprävention auszubauen, um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, und die Palliativmedizin zu stärken. Im zu beschließenden Gesetz sollten ausführliche Beratungsgespräche vorgeschrieben werden. Dem BFA ist es wichtig, den assistierten Suizid nicht zum Normalfall werden zu lassen.

Der Maßnahmenkatalog gegen Antisemitismus („Bekämpfung von Antisemitismus“, „Erinnerungs- und Gedenkkultur“ und „Förderung jüdischen Lebens“) befindet sich noch in der Beratungsphase.

Die FDP wird durch einen Stand des BFA auf dem „Markt der Möglichkeiten“ beim 38.DEKT in Nürnberg vertreten sein und dort zwei Projekte präsentieren. „Demokratie und Kirche“ mit der „AMOS-Preisträgerin“ Karoline Preisler und „Liberalismus und Protestantismus“ mit Unterstützung der „Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus“.

BUNDESFACHAUSSCHUSS KLIMA UND ENERGIE



Vorsitz: Carina Konrad

Der BFA Klima und Energie wird seit Mai 2022 von Carina Konrad geleitet. Ihre Stellvertreter/-innen sind Caroline Covolo, Dagmar Saschek, Timo Gump und Henner Schmidt.

In vier Arbeitsgruppen werden Positionen zu den Themen Klimapolitik National, Klimapolitik International, Infrastruktur und Wasserstoff, sowie Energiepolitik erarbeitet.

Des Weiteren wurde in Zusammenarbeit mit dem BFA Wirtschaft und Mittelstand der Unterausschuss Energie und Wirtschaft gebildet. Dieser war insbesondere sinnvoll, da ehemalige und aktuelle Kollegen des früheren BFA Wirtschaft und Energie weiter eng zusammenarbeiten können und so bereits erarbeitete Standpunkte sinnvoll weiterverwendet werden. Geleitet wird der Unterausschuss von Herrn Prof. Dr. Martin Neumann. Die konstituierende Sitzung des BFA fand am **14.10.2021** im Hans-Dietrich-Genscher-Haus statt. Der Schwerpunkt lag hier besonders auf der organisatorischen Klärung. So wurden die stellvertretenden Vorsitzenden, die Sachverständigen und ständigen Gäste des BFA gewählt, sowie der Unterausschuss Energie und Wirtschaft eingesetzt.

Am **28.11.2021** fand eine weitere Sitzung des BFA statt. Sie wurde online durchgeführt. Diese Sitzung war allem voran von programmatischer Arbeit geprägt. Es wurden vier Anträge beschlossen, zwei abgelehnt und ein weiterer an den Antragsteller mit Bitte um Konkretisierung übermittelt.

Die dritte Sitzung des BFA fand am **13.03.2022** statt. Auch hier wurden inhaltliche Punkte ausgetauscht. Mittelpunkt der Gespräche waren die Anträge, welcher der BFA auf dem Parteitag einreicht. Es wurde eine Gruppe von Mitgliedern ausgewählt, welche die Anträge zum Bundesparteitag finalisiert.

Zusätzlich zu den BFA-Sitzungen findet ein enger Austausch des Vorstandes statt. Schwerpunkt der Arbeit des BFA war unter anderem die zukunftsfähige Energieversorgung Deutschlands. So wurden Ideen ausgetauscht und Lösungen für eine klimaschonende und stabile Energiewirtschaft in Deutschland ausgearbeitet. Der Aspekt des Klimaschutzes wurde dabei stets hochgehalten und mitbedacht.

Auf dem Bundesparteitag der FDP im April 2023 werden zwei Anträge des BFA Klima und Energie, respektive unter Mitarbeit des BFA, diskutiert. •



Vorsitz: Dr. Christopher Vorwerk

Nach dem Bundesparteitag im Frühjahr 2021 konzentrierten sich die Mitglieder des Bundesausschusses auf ihr individuelles Engagement zur Bundestagswahl. Nach der Wahl nahm der BFA-Vorsitzende als Teil der vierköpfigen FDP-Verhandlungsgruppe „Kultur und Medien“ an den Verhandlungen zu einer Ampel-Koalition auf Bundesebene teil. Nach Abschluss der Gespräche gab es am 27. November 2021 einen digitalen Austausch mit dem Bundesausschuss zu den Ergebnissen.

Immer noch eingeschränkt durch die Corona-Maßnahmen tagte der BFA am **19. Februar 2022** ein weiteres Mal digital. In Anknüpfung an den Koalitionsvertrag lag der inhaltliche Schwerpunkt auf dem Thema „Digitale Kultur - Kultur digital“ mit zwei Impulsvorträgen zu „Digitalisierung und Demokratisierung: Die Neuerfindung der Kultur“ von Prof. Dr. Markus Hilgert, Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder, sowie „Und jetzt auch noch KI!? Die gegenseitige Prägung von Kultur und Digitalität“ von Christoph Lind, Direktor für Kunst- und Kulturgeschichte der Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim.

Im Juni 2022 war eine Sitzung in Präsenz möglich. Der Bundestagsabgeordnete Thomas Hacker begrüßte den Bundesausschuss vom **10. bis 12. Juni** in seinem Wahlkreis in Bayreuth. Hier konnte nach langer Zeit wieder der Kontakt zur Kulturszene vor Ort aufgenommen werden, so mit einer Besichtigung des Märkgräflichen Opernhauses mit anschließender Diskussion mit Dr. Clemens Lukas, Leiter des Festivals „Bayreuth Baroque“ und einer Führung durch das Haus Wahnfried mit Museumsdirektor Dr. Sven Friedrich. Das jüdische Leben in Bayreuth wurde mit einem Besuch der Syna-

goge im Gespräch mit Felix Gotthard, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinschaft, erkundet. Das Thema Documenta warf hier erste Schatten.

Vom **16. bis 19. September 2022** folgte die Neukonstituierung des Gremiums in Berlin mit der Zuwahl von Sachverständigen und der Wahl von stellvertretenden Vorsitzenden. Zu letzteren wurden Stephanie Bachhuber, Carl Grouwet, Christoph Lind und Bettina von Seyfried gewählt. Durch die Corona-Pandemie entfielen angesetzte Programmpunkte wie der Vortrag „Art goes Tech“ mit Lars Zimmermann, Managing Direktor des GovTech Campus. Umso mehr Zeit war für eine interne Themenplanung und einen Workshop zum geplanten Kompetenzzentrum Digitale Kultur. Abgerundet wurde die Sitzung mit einem Besuch im Humboldt Forum mit Führungen und Gesprächen mit Prof. Dr. Hartmut Dörgerloh (Generalintendant) und Paul Spies (Chefkurator des Landes Berlin).

Berlin war erneut Tagungsort vom **3. bis 5. Februar 2023**. Die Sitzung begann mit einer Dinner Speech von Gero Dimter, Vizepräsident Stiftung Preußischer Kulturbesitz, zur Zukunft der SPK. Weitere Referenten waren Dr. Thomas Renz vom IKT zur Frage „Wo ist das Publikum? Kultur nach Corona“, Volker Erhard vom Europäischen Auswärtigen Dienst zur EU-Außenkulturpolitik als neuem Politikfeld sowie Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, zur Lage der Kultur in Deutschland. Ein Besuch des Festivals „CTM 2023“ wurde abgerundet mit einem Gespräch mit dem Künstlerischen Leiter Jan Rohlf. In einer Antragswerkstatt wurde schließlich ein Antrag zu „Gender und Sprache“ beraten und verabschiedet. Für das Jahr 2023 sind zwei weitere Sitzungen in Braunschweig und Schwerin terminiert. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

Vorsitz: Christian Teppe

Am **29. Januar 2021** kam der BFA Ernährung und Landwirtschaft zu einer digitalen Video-Konferenz zusammen, um über den Entwurfsstand der Module für das Bundestagswahlprogramm zu diskutieren und auf dieser Grundlage Änderungsanträge und Empfehlungen für die Programmkommission zu erarbeiten. Diese bezogen sich insbesondere auf Passagen zur Tierhaltung, zum Pflanzenschutz und zur grünen Gentechnik. Zudem wurde über den jüngsten Tierschutzantrag berichtet, der vom Bundesvorstand mit Änderungen angenommen worden war.

Am **8. Mai 2021** fand abermals eine Videokonferenz statt. Der BFA-Vorsitzende Lukas Braun berichtete, dass er in einem Gespräch mit dem seinerzeitigen Generalsekretär kritisiert hatte, dass der beim Bundesparteitag nicht mehr behandelte Antrag des BFA Ernährung und Landwirtschaft zur Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU nicht, wie ursprünglich vorgesehen, vom Bundesvorstand beschlossen, sondern lediglich als unverbindliche Stoffsammlung an die Programmkommission überwiesen worden war. Der seinerzeitige Generalsekretär hatte daraufhin zugesagt, auf eine Behandlung des Antrags im Bundesvorstand hinzuwirken.

Im Laufe der Sitzung wurden noch sieben Änderungsanträge zum Entwurf für das Bundestagswahlprogramm erarbeitet, deren Einbringung als Delegierter der stellvertretende BFA-Vorsitzende Daniel Bohl zusagte. Nach der Bundestagswahl nahm der BFA-Vorsitzende Dr. Lukas Braun gemeinsam mit Carina Konrad MdB, Dr. Gero Hocker MdB und Andy Becht an der Verhandlungsgruppe 6 der Koalitionsverhandlungen mit SPD und Bündnis 90 / Die Grünen teil. Nach den Koalitionsverhandlungen kündigte der BFA-Vorsitzende an, aufgrund seiner zum Mai 2020 erfolgten beruflichen Veränderung künftig nicht mehr für diese Funktion zur Verfügung zu stehen. 2022 wechselte der Vorsitz des BFA von Dr. Braun auf Christian Teppe.

Am **13. Dezember** tagte der BFA hybrid in Berlin. Dabei stand unter anderem ein Treffen mit FDP-Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft auf der Agenda.

Am **23. Februar 2023** traf sich eine Arbeitsgruppe zum Tierwohl in Norddeutschland mit Stakeholdern der Branche. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



Vorsitz: Detlef Parr

Auch während der Corona-Zeit traf sich der BFA in Präsenz nach den Hygienevorschriften im HDGH in Berlin zu seinen acht Sitzungen. Bis zur Bundestagswahl im September 21 prägten die Themen aus der Bundestagsfraktion (Britta Dassler MdB) und aus dem DOSB (Vizepräsident Andreas Silbersack) die Tagesordnung. Dabei sprach sich der BFA trotz der IOC-Vorentscheidung für Brisbane 2032 für die Aufrechterhaltung der deutschen Bewerbung um die olympischen und paralympischen Sommerspiele 2032, 2036 oder 2040 an Rhein und Ruhr aus. Er stellte sich bei der Debatte über Boykottmaßnahmen (Winterspiele in Peking) auf die Seite der Athletinnen und Athleten und lehnte sie unter Hinweis auf die Autonomie des Sports einstimmig ab. Der Sport fördere dauerhaft Dialog und Verständigung.

Zudem überarbeiteten die Mitglieder die Eckpunkte liberaler Sportpolitik (Neufassung für die Bundestagswahl). Der Bundesvorstand stimmte am **7. Juni 2021** einstimmig der Vorlage „Optimistisch, selbstbestimmt, engagiert – Grundsätze liberaler Sportpolitik“ zu und schuf damit die Grundlage für das Bundestagswahlprogramm. Für die neue Legislaturperiode sprach sich der BFA für eine Verbesserung der personellen Wahrnehmbarkeit durch Zugriff auf den Vorsitz im Sportausschuss aus, dem die Bundestagsfraktion leider nicht folgte.

Zur Pandemie forderte der BFA, den Sport- und Trainingsbetrieb deutschlandweit schnellstens wieder zu ermöglichen und stellte die Besonderheit der ausfallenden Schwimmbildung heraus.

Nach den erfolgreichen Bundestagswahlen leistete der Fachausschuss zu den Koalitionsverhandlungen Beiträge, die sich auch im Koalitionsvertrag wiederfanden. Der neue sportpolitische Sprecher Philipp Hartewig setzte mit hohem Engagement die Zusammenarbeit mit dem BFA fort. Erster Schwerpunkt der Arbeit war das Thema „Sport und Menschenrechte“ bei der Vergabe von internationalen Sportgroßveranstaltungen. Abgeordnete aus den betreffenden Fachausschüssen trafen sich u.a. mit der Expertin Sylvia Schenk (Sportbeauftragte Transparency International) und führten in einer BFA-Sitzung eine konstruktive Diskussion, die später auch begleitet wurde durch das zugeschaltete IOC (Abteilungsleiter Kommunikation und PR Christian Klau). Der BFA vertiefte sie bei einem zweitägigen Besuch der IOC-Zentrale in Lausanne.



Weitere Themen mit Beteiligung namhafter Expertinnen und Experten waren Sport und Medien, Safe Sports (Schutz vor Gewalt im Sport), Förderung des e-Sports, Sport für Flüchtlinge aus der Ukraine, Inklusion und Integration im Sport und Defizite bei der Schwimmbildung. Die regelmäßigen Berichte aus den Landesverbänden rundeten den Informations- und Meinungsaustausch ab. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

Vorsitz: Judith Skudelny

Am **01./02. Juli 2022** hat der BFA eine Reise nach Brüssel unternommen. Die Planungen wurden dabei noch von meinen Vorgängern Horst Meierhofer und Claus-Peter Appel übernommen, denen ich auf diesem Wege nochmals herzlich dafür danken möchte. Die konstituierende Sitzung des BFA fand dann auch in Brüssel statt. Mit der konstituierenden Sitzung haben wir uns ein Arbeitsprogramm für das erste BFA-Jahr gegeben.

Ein Ergebnis aus der Diskussion war, dass diejenigen Mitglieder, die sich für das Querschnittsthema Energiepolitik interessieren, auch Mitglieder im Unterausschuss BFA-Energie sein sollten. Die BFA-Vorsitzende Carina Konrad (BFA Klima und Energie) hat dem zugestimmt und der neue Ausschussvorsitzende des Unter-BFA Energie Prof. Neumann hat die entsprechenden Mitglieder des BFA Umwelt in den Verteiler aufgenommen und eingeladen.

Eine weitere digitale Sitzung fand am **08.09.2022** statt. Es folgte am **11. und 12. November 2022** eine hybride Sitzung in Berlin, auf welcher die Sachverständigen für die laufende BFA-Periode gewählt wurden. In dieser Sitzung wurde insbesondere die Situation um die

Kernkraftwerke und deren Bedeutung in der Energie-Krisensituation besprochen. Das Atomrecht ist dem BFA Umwelt zuzuordnen, daher wurden in der Diskussion insbesondere die atomrechtlichen Besonderheiten in den Fokus genommen. Die Ergebnisse der Diskussion wurden im Folgenden verschriftlicht, im Umlaufverfahren abgestimmt und der Partei zur Verfügung gestellt. Diese Eckpunkte konnten somit in die Positionierung der Partei sowie der Bundestagsfraktion einfließen.

Am **24.01.2023** fand eine Online-Information zum Thema Kernfusion mit der Firma Marvel Fusion statt. Aus der Online-Information ist der Antrag A6004 „Kernfusion in Forschung, Entwicklung und Anwendung fördern“ zum Bundesparteitag entstanden.

Am **08.02.2023** sowie am **15.03.2023** fanden zwei weitere digitale Termine zur Vorbereitung des Bundesparteitages statt. Der BFA hat dort für den Parteitag zwei weitere Anträge erarbeitet: Antrag A6011 „Waldpolitik - Klimaleistungen vergüten“ und Antrag A6015 „Mit Smart Metern Ressourcen sparen, Kosten reduzieren und Verwaltung digitalisieren“. Alle drei Anträge des BFA-Umwelt möchte ich Ihnen im Alex-Müller-Verfahren ans Herz legen. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



VERKEHR

Vorsitz: Dr. Tom Reinhold bis Mai 2022

Der Bundesfachausschuss Verkehr hat im Berichtszeitraum vier Mal getagt; am 19. März 2021 als Videokonferenz, am 15./16. Oktober 2021 in Hamburg, am 4./5. März 2022 in Berlin sowie am 22. April in Berlin (Sondersitzung mit dem Bundesverkehrsminister).

Zu den Sitzungen des BFA Verkehr werden rund 60 Mitglieder, Experten und Gäste eingeladen, die Sitzungen haben meist um die 40 Teilnehmer. In jeder Sitzung berichten Mitglieder der Bundestagsfraktion über aktuelle Themen, ebenso erfolgt ein Bericht aus dem Europäischen Parlament. Sämtliche Bereiche innerhalb der Verkehrsbranche sind mit sehr guter Expertise vertreten.

In mehreren Arbeitsgruppen wurden die Positionspapire oder Anträge mit folgenden Themenschwerpunkten erarbeitet:

- Nachhaltige Mobilität statt Verkehrswende
- Schifffahrt – bedarfsgerechte Entwicklung der Infrastruktur
- Mobilität im ländlichen Raum
- Luftverkehrsstandort Deutschland stärken
- Bessere Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerb
- Neuen Mobilitätsformen Entwicklungsraum geben
- Krisensicherheit

Weitere Arbeitsgruppen beschäftigten sich u.a. mit den Themen Bahnverkehr/Deutschlandtakt, Weiterentwicklung des ÖPNV, Güterverkehr und Krisensicherheit des Verkehrssektors.

Zu mehreren Themen wurden hochrangige externe Referenten eingeladen, u.a. Vertreter vom VDV, mofair und VSM; neben dem Termin mit Bundesminister Dr. Volker Wissing gab es auch eine Diskussion mit Verkehrsminister Bernd Buchholz aus Schleswig-Holstein.

Vorsitz: Sven Haller seit Mai 2022

Der Bundesfachausschuss Verkehr hat im Berichtszeitraum von Juni 2022 bis April 2023 drei Mal getagt; die konstituierende Sitzung fand am 28./29. Oktober in Berlin statt.

Hier wurden folgende Arbeitsgruppen eingesetzt:

- AG See-/Binnenschifffahrt, Wasserstraßen/Häfen
- AG Nachhaltige Mobilität Stadt/Ländlicher Raum, mit jeweils UAGs, die Themenfelder weiterbearbeitet, inkl. Radverkehr
- AG Planungsbeschleunigung/Bundesverkehrswegeplan
- AG Luftverkehr
- AG Bahnreform/Bahnverkehr, beinhaltet Internationales
- AG Technologie

Am 2./3. Dezember 2022 tagte der Ausschuss auf Einladung des Europaabgeordneten Jan-Christoph Oetjen in Brüssel. Hier wurde mit Vertretern der aus der Kommission das Thema „Fit for 55“ - Dekarbonisierung im Verkehr und das Verbrennerverbot intensiv diskutiert. Am 11. Februar 2023 tagte der BFA Verkehr digital für erste Zwischenberichte aus den Arbeitsgruppen und verabschiedete einen Antrag „StVZO ändern - Systemlänge von LKW mit alternativen Antrieben verlängern“. Dieser Antrag wurde beim Bundestag eingereicht.

Die nächste Sitzung ist für den 5./6. Mai in Berlin geplant. •

BUNDESFACHAUSSCHUSS



WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

Vorsitz: Dr. Andreas Reichel

Der Bundesausschuss Wirtschaft und Energie wurde 2022 in BFA Wirtschaft und Mittelstand umbenannt.

Der Bundesausschuss Wirtschaft und Mittelstand wird von Dr. Andreas Reichel als Vorsitzenden geführt. Stellvertretende Vorsitzende sind Prof. Dr. Peter Altmiks, Michael vom Baur (verstorben am 17.06.2021) und Thomas Sattelberger, seit 02.12.2022 Klaus Breil und Gerhard Hansen sowie weiterhin Prof. Dr. Altmiks.

Folgende Unterausschüsse wurden eingesetzt: Unterausschuss Technologietransfer und Innovation, Unterausschuss Wirtschaft und Ethik, Unterausschuss Tourismus sowie gemeinsam mit dem BFA Energie und Klima ein Unterausschuss Energie sowie eine Projektgruppe für Mittelstandsthemen.

Regelmäßig finden drei Sitzungen jährlich statt, diese finden meist bei Verbänden oder Unternehmen statt, die in die aktuelle politische Diskussion eingebunden werden und dazu wertvollen Input liefern. Während der Pandemie wurden die Sitzungen entweder hybrid oder komplett online durchgeführt.

Am **26.06.2021** tagte der BFA Wirtschaft und Energie online, befasste sich mit der Nachbereitung des Bundesparteitages, insbesondere mit der Berücksichtigung diverser vom BFA eingebrachter Anträge zum Bundestagswahlprogramm (A+B-Module) sowie der Vorbereitung weiterer inhaltlicher Beiträge zur Bundestagswahl. Diskutiert und beschlossen wurde ein Antrag „Digitalministerium – Ministerium für digitale Transformation“.

Am **12. und 13.11.2021** war Matthias Wachter, Abteilungsleiter internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt beim BDI, Referent und Diskussionspartner im BFA. MdB Michael Theurer, stellvertretender Vorsitzender der FDP Bundestagsfraktion berichtete zum Thema Wirtschaft und Energie. Martin Neumann wurde für den vakanten Vorsitz des UA Energie nachgewählt.

Am **18. und 19.03.2022** diskutierte der BFA mit Gästen von Rolls-Royce Group (Alastair Evans, Director Government und Corporate Affairs SMR und Alan Woods, Vice President Strategy SMR) zum Thema Small Modular Reactors (SMR).

Der BFA diskutierte und beschloss außerdem auf Antrag des UA Energie das Positionspapier „Die Deutsche Energiepolitik nach dem 24.02.22“.

Am **17. und 18.06.2022** tagte der Bundesausschuss in Enge-Sande, wo der GreenTEC-Campus durch den Geschäftsführer Marten Jensen sowie die OffTEC Base GmbH & Co. KG durch den Geschäftsführer Klaus Loesmann vorgestellt wurden. Zudem diskutierte der BFA nach einem Impulsreferat mit Dr. Bernd Buchholz, dem Schleswig-Holsteinischen Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus. Außerdem befasste sich der BFA mit dem Neuzuschnitt der Bundesausschüsse (BFA Wirtschaft und Energie wird zu BFA Wirtschaft und Mittelstand) und regt einen gemeinsamen Unterausschuss Energie mit dem BFA Klima und Energie an. Außerdem erfolgte ein Impulsreferat von Prof. Dr. Daniel Zimmer, geschäftsführender Direktor des Instituts für Handels- und Wirtschaftsrecht und des Center for Advanced Studies in Law and Economics (CASTLE) der Universität Bonn zur Wettbewerbspolitischen Agenda des BFA bis 2025. Der BFA beschloss nach Diskussion, dass Daniel Zimmer eine bewertende Stellungnahme verfasst, die an Fraktion und Bundesvorstand versendet wird. Schließlich erfolgte ein Vortrag über den „Energemarkt im Wandel und Hintergründe der Strompreisentwicklung“ von Torge Wendt, Gründer und Geschäftsführer der Nordgröen Energie GmbH mit anschließender Diskussion.

Am **2. und 3.12.2022** konstituierte sich der BFA neu, wählte zehn Experten und die oben genannten neuen stellvertretenden Vorsitzenden und richtete die ebenfalls oben genannten Unterausschüsse ein. Es folgte eine umfangreiche Diskussion mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion Reinhard Houben über die Arbeit in der Bundesregierung, insbesondere zu wirtschafts- und ordnungspolitischen Fragen sowie zu den strategischen Fragen der Energiewende. Ger-

hard Dieterle referierte zum EU-Chips-Act mit anschließender Diskussion.

Am **10. und 11.03.2023** tagte der BFA in Köln und war zunächst Gast bei den Ford-Werken, wo Dr. Clemens Doepgen, Mitglied der Geschäftsführung für Europa- und Regierungsangelegenheiten sowie Umweltpolitik, die E-Mobility-Strategie von Ford erläuterte und nach Diskussion eine Führung durch die in Köln derzeit noch laufende Ford-Fiesta-Produktion, wo demnächst ausschließlich Elektro-Autos gefertigt werden sollen, erfolgte. Zwei Antragsvorlagen wurden beraten und beschlossen: „Strategischer Rahmen für die Energieversorgung Deutschlands“ (gemeinsamer Antrag mit dem BFA Klima und Energie, erstellt vom gemeinsamen Unterausschuss Energie) sowie „Liberale Impulse für einen starken Mittelstand“. Beide Anträge wurden zum Bundesparteitag eingereicht. Diskutiert wurde außerdem ein Antrag „Grundsätze liberaler Tourismuspolitik“. Es folgte ein Vortrag durch die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln, Katja Hoyer, sowie ein intensiver Austausch mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP Bundestagsfraktion, Reinhard Houben, sowie dem mittelstandspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Carl-Julius Cronenberg.

Die nächste BFA Sitzung findet am **16. und 17. Juni 2023** in München bei der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft statt. •

KOMMISSION

FREIHEIT & ETHIK

Vorsitz: Dr. Christopher Gohl

Die Kommission Freiheit und Ethik tagte seit Mai 2021 stetig in monatlichen Zoom-Treffen, bei denen mittlerweile gezielte Inputs und schriftliche Vorlagen die Themen einzelner Projektgruppen fokussieren und vertiefen. Neben zahlreichen Zuarbeiten zum Bundestagswahlprogramm, insbesondere im Bereich Sustainable Development Goals, Demokratiepoltik, Bioethik, digitale Ethik und Sozialer Marktwirtschaft stand um die Jahreswende 2021/22 die Erarbeitung von liberalen Perspektiven und Positionen zur Impfpflicht im Mittelpunkt der Arbeit. Damit leistete die Kommission für Entscheidungsträgerinnen und Gliederungen wichtige Beiträge zur Versachlichung, vernünftigen Abwägung und Bestärkung eines liberalen Kurses durch die Pandemie.

Nach ihrer Neueinsetzung in Folge der Neuwahlen des Bundesvorstandes im Mai 2022 konstituierte sich die Kommission am **07. und 08. Oktober 2022** in Potsdam unter dem Vorsitz von Dr. Christopher Gohl. Zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden Dr. Sybille Fritsch-Oppermann, Thomas Seerig MdB und Dr. Bernhard Labudek. Neu gewählt wurde Paavo Czwikla, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. Aus dem Vorstand schied aus Alexander Pokorny, langjähriger Vorsitzender der Kommission. Zu den neuen Mitgliedern der Kommission gehören die zunächst noch amtierenden Landesvorsitzende der FDP in NRW und Niedersachsen, Joachim Stamp und Stefan Birkner, der Generalsekretär der Bremer FDP Claas Bansemer, die Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen Jacqueline Krüger sowie mehrere Vertrauenspersonen von Landesverbänden. Durch Zuwahlen konnte die Kommission den Anteil von Frauen etwas erhöhen.

In Potsdam gab sich die Kommission mit Blick auf eine vorangegangene Umfrage sowie in Auseinandersetzung mit den programmatischen Prioritäten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Arbeits-

schwerpunkte. Aus den bisherigen Arbeitsgruppen wurden Projektgruppen, die aufgrund jeweiliger Problembeschreibungen Missionen definieren, die von der Aufarbeitung der bestehenden Beschlusslage über Gespräche mit Mandatsträgern und Fachpolitikern bis zu Anträgen an den Bundesvorstand oder den Bundestag reichen (Motto: „Nicht nur Nach- und Vordenken, sondern Mitdenken!“).

Programmgruppen wurden eingerichtet zur „Liberalen Klimaethik zwischen politischen Framings und wissenschaftlicher Evidenz“ unter der Leitung von Prof. Joachim Fetzer, zu „Liberalen Positionen zu nationaler Identität, Identitätspolitik und Patriotismus“ unter der Leitung von Frank Mario Stussig, zur „Liberalen Demokratiestärkung: Mehr als wehrhafte Demokratie!“ sowie zu „Leitlinien liberalen Miteinanders der FDP: Review und Erneuerung des ‚Code of Conduct‘“ unter der Leitung von Christopher Gohl, „Freiheit in Zeiten von Krieg und Frieden“ unter der Leitung von Pastorin Sybille Fritsch-Oppermann sowie „Freiheit und Ethik für Digitalisierung und KI“ unter der Führung von Gerhard Dieterle. Dr. Wolf Hirschmann ist mit einer kleinen Projektgruppe beauftragt, „Liberale Positionen zur Bioethik“ fortzuführen, und Bertold Bahner kümmert sich um Liberale Leitlinien im wirtschaftlichen Systemwettbewerb.

Im Mittelpunkt der Frühjahrstagung im **März 2023** in Berlin stand neben Berichten zum Stand der Arbeit aus den Projektgruppen die Planung einer hochrangig besetzten Tagung am **10. Juni 2023** in Tübingen zum „Liberalismus der Lebenschancen: Tübinger Perspektiven auf den Fortschritt“. Dafür diskutierte die Kommission den ersten Entwurf eines eigenen Thesenpapiers „Für einen zivilisatorischen Liberalismus der Lebenschancen“ zu Grundlagen und Arbeitsfeldern fortschrittlicher Freiheitspolitik. Um die Perspektive der Ampel-Partner zu verstehen, diskutierte die Kommission mit Paul Jürgen vom Progressiven Zentrum in Berlin. Zudem wurden kommende Beiträge zum Europawahlprogramm der FDP auf die Agenda gesetzt. •

ARBEITSGRUPPE

CHANCEN DURCH VIELFALT & PARTEIENTWICKLUNG

**Vorsitz: Dr. Volker Wissing (bis Dezember 2021)
Bijan Djir-Sarai (ab Januar 2022)**

Die Modernisierung der Strukturen und Formate der Partei, die Entwicklung und Implementierung von Instrumenten zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements sowie die Stärkung der Vielfalt in der Partei sind wichtige Bestandteile eines fortgesetzten und langfristigen Erfolgs der Freien Demokraten. Die AG Chancen durch Vielfalt und die AG Parteientwicklung haben vor diesem Hintergrund zwischen 2021 und 2023 erneut Ideen entwickelt, diskutiert und in der Umsetzung begleitet. Die Umsetzung der 2019 verabschiedeten Agenda für mehr Vielfalt wurde in diesem Rahmen ebenfalls unterstützt. Viele Anregungen der beiden AGs konnten umgesetzt oder die entsprechenden Maßnahmen angestoßen werden, unter anderem:

2021 wurde in der Geschäftsordnung zur Bundesatzung der sog. **Mitgliederantrag** festgeschrieben. Damit haben die Mitglieder die Möglichkeit, aus den fristgerecht eingebrachten Anträgen zum Bundesparteitag per Mehrheitsentscheidung einen Antrag auszuwählen, der nach Satzungsänderungsanträgen und Leitantrag vorrangig vor den übrigen Anträgen beraten wird. Dadurch haben alle Mitglieder einen Einfluss auf das höchste Organ der Bundespartei und können intensiver an der Willensbildung mitwirken. Der erste Mitgliederantrag beim 73. ordentlichen Bundesparteitag 2022 war ein voller Erfolg und ein Beitrag zu einer interaktiveren und inklusiveren Partei.

Auf Anregung und mit Unterstützung der AGs wurde ein Antrag zur **Aufnahme der Vorfeldorganisation „Liberale Vielfalt“ in die Bundessatzung** erarbeitet und durch den Bundesvorstand zum 74. ordentlichen Bundesparteitag eingebracht. Das Ziel des Satzungsänderungsantrages ist, die Liberale Vielfalt durch die Verankerung in der Satzung als offizielle Vorfeldorganisation der FDP anzuerkennen. Damit würde ein erfolgreich gestartetes Forum insb. für Menschen mit Migrationshintergrund, für in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden sowie für Spätaussiedlerinnen und Spätaus-

siedler entsprechend aufgewertet sowie ein wichtiges Signal gesetzt. Das Konzept von „Liberale Vielfalt“ folgt einem breit gefassten Vielfaltsbegriff, der auch die Arbeit unseres Generalsekretärs prägt.

Durch die Änderung der Geschäftsordnung für die Bundesfachausschüsse (GOBFA) konnte eine **vielfältigere Besetzung der Bundesfachausschüsse** und Kommissionen erzielt werden. So ist der Frauenanteil bei den von den Landesverbänden benannten Mitgliedern auf rund 30 Prozent angestiegen. Dies ist noch nicht zufriedenstellend, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus hat der Bundesvorstand die entsprechende Anregung der AGs aufgegriffen und bei den Vorsitzenden der BFAs eine nahezu paritätische Besetzung mit Männern und Frauen erreicht. Das gleiche gilt im Übrigen erfreulicherweise auch für die Leitungen der Arbeitsgruppen der Fraktionsvorsitzendenkonferenz.

Durch eine entsprechende Anhebung des Titels im Haushalt der Bundesgeschäftsstelle können Vorsitzende der BFAs und Kommissionen künftig jährlich über eine **1.000 Euro-„BFA-Pauschale“** zur Deckung von Kosten, die im Rahmen der BFA-Arbeit entstehen, verfügen.

Im Sommer 2021 wurde mit dem Start der **„FDP-App“** ein Meilenstein in der digitalen Parteiarbeit erreicht. Die App, die kontinuierlich weiterentwickelt wird, bringt Parteiarbeit schnell und einfach auf das eigene Smartphone. Die Funktionalitäten umfassen unter anderem Instrumente zur Unterstützung von Kampagnen oder täglicher Kommunikation (z.B. FDP-Maps und „Social Media Taskforce“), die Verwaltung der eigenen Mitgliedsdaten, Informationen über Termine und Veranstaltungen oder Zugriff auf Argumente-Papiere. Die App wird auch das Fundament der im Aufbau befindlichen **Parteiakademie** sein, die ein hochwertiges und attraktives Schulungsangebot für neue und erfahrene Mitglieder sowie Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern bieten soll. Die Schulungen sollen u.a. zum Leitbild der FDP, zu moderner und Vielfalt stärkender Parteiarbeit, zu Wahlkampforganisation und -handwerk sowie zu programmatischen und inhaltlichen Aspekten angeboten werden. Zusätzlich wird am Aufbau eines **„Funktionsträgerportals“** gearbeitet, das die Arbeit

insb. der Vorsitzenden der Untergliederungen ähnlich stark wie die App digitalisieren und vereinfachen soll.

Ideen und Vorschläge der AG-Mitglieder, die u.a. im Rahmen einer **Klausurtagung der AGs im November 2022** entwickelt wurden, fließen in die konzeptionellen Arbeiten zum Aufbau der **Parteiakademie** ein.

Durch die Entwicklung der **Toolbox Parteiarbeit** erhalten ehrenamtliche Mitglieder vor Ort eine Handreichung mit Best-Practice-Beispielen, wie moderne und vielfältige Parteiarbeit funktionieren kann. Diese ist auch Grundlage für Teile der Parteiakademie, die zurzeit entwickelt wird. Digitale Schulungsformate mit Themengebieten Parteiarbeit werden in der Akademie implementiert.

Auf Anregung aus den AGs heraus hat im Oktober 2022 das erste **Female-Future-Forum** des FDP-Bundesverbandes im Hans-Dietrich-Genscher-Haus stattgefunden. Damit wurde ein Format, das auf Initiative von Nicole Bauer und Dr. Maren Jasper-Winter zunächst im Rahmen der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz durchgeführt wurde, vom Bundesverband aufgegriffen und mit rund 200 Teilnehmerinnen erfolgreich durchgeführt.

Die **Weiterentwicklung und Schulung der Vertrauenspersonen**. Hierzu wurde von der Arbeitsgruppe der Vertrauenspersonen ein Leitfaden erarbeitet, der basierend auf neuen Erfahrungen kontinuierlich weiterentwickelt werden soll. Auch ein weiterer Workshop zum Erfahrungsaustausch und der Kompetenzvermittlung durch Schulungsangebote ist in Planung.

Die **Digitalisierung der Bundesparteitage** schreitet voran. Nach der Digitalisierung der Antragsberatung werden beim 74. ordentlichen Bundesparteitag 2023 erstmalig auch alle Personenwahlen elektronisch durchgeführt. Dies wird u.a. die verfügbare Zeit für Antragsberatungen erhöhen.

Eine Handreichung zur **Planung und Organisation von Kinderbetreuung auf Parteiveranstaltungen** ist in Arbeit.

Der Einsatz für eine attraktive, moderne und vielfältige Partei, die Lust auf Engagement und Einsatz bei den Freien Demokraten macht, bleibt eine stetige Aufgabe. Vor diesem Hintergrund wurde in der Bundesgeschäftsstelle zur dauerhaften Unterstützung dieses Prozesses eine Stelle „Referent/in Parteientwicklung“ eingerichtet und besetzt. Dem auf dem 74. ordentlichen Bundesparteitag gewählten nächsten Präsidium der FDP wird empfohlen, erneut ein entsprechendes begleitendes Gremium – etwa in Form einer AG – einzusetzen. •

BUNDESVERBAND JUNGE LIBERALE

Vorsitz: Jens Teutrine bis November 2021

Das Jahr 2021 war geprägt durch die Bundestagswahl und die für diese durchgeführte Kampagne der Jungen Liberalen, einen starken Mitgliederzuwachs und zahlreiche Veranstaltungen unter Pandemiebedingungen.

Die Pandemie hat den Bundesverband der Jungen Liberalen vor große Herausforderungen gestellt. Insbesondere das Verbandsleben, welches normalerweise durch zahlreiche Präsenzveranstaltungen geprägt ist, musste weiterhin stark an die neue Situation angepasst werden, etwa durch die weitere Durchführung von digitalen Formaten. Im Januar und März 2021 wurden gleich zwei digitale Bundeskongresse durchgeführt. Dabei haben sich jeweils deutlich über 600 junge Menschen an den Bundeskongressen beteiligt. Das Bundestagswahlprogramm wurde entsprechend ebenfalls digital eingebracht und beraten. Somit konnte, trotz anhaltender Pandemie, ein großer Beitrag zur politischen Teilhabe von jungen Menschen gewährleistet werden.

Auch der Bundestagswahlkampf fand vor allem digital statt. Die Jungen Liberalen waren die erste politische Jugendorganisation auf Twitch. Dort veranstalteten sie während des Wahlkampfes regelmäßig Streams, insbesondere mit externen Gästen. So konnte der Verband zahlreiche junge Menschen mit politischen Themen erreichen, die sonst nicht direkt vom Wahlkampf erreicht werden.

Ein zentrales, inhaltliches Schwerpunktthema im Bundestagswahlkampf war die mentale Gesundheit junger Menschen. Durch Schulschließungen, Ausgangsbeschränkungen und weitere Restriktionen war das (gesellschaftliche) Leben junger Menschen stark eingeschränkt. Die sich hieraus ergebenden Probleme hat der Bundesverband durch zahlreiche Aktionen aufgegriffen und thematisiert. Zudem wurde das wirtschaftliche Vorankommen junger Menschen in den Fokus gestellt, etwa mit den Forderungen, die Mini- und Midijobgrenzen zu erhöhen. Ein weiterer Schwerpunkt war die reformbedürftige Rentenpolitik.

Dass die FDP bei der Bundestagswahl bei Jung- und Erstwählern als stärkste Partei punkten konnte, kann auch auf viele jungliberale Kandidaten zurückgeführt werden, die überall im Land für die Partei kandidiert haben. 15 junge Abgeordnete bis 35 Jahre zogen in den Bundestag ein, acht von ihnen waren neu im Parlament.

Als eine der wenigen Präsenzveranstaltungen konnte im November 2021 der 64. Bundeskongress in Erlangen ausgerichtet werden. Mit über 650 jungen Menschen war der 64. Bundeskongress der Kongress mit den bis dahin meisten Besucherinnen und Besuchern. Neben der Beratung von zahlreichen Anträgen wurde auch ein neuer Bundesvorstand gewählt. Franziska Brandmann wurde zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Neben der Antragsberatung und der Wahl des neuen Vorstandes konnten wieder zahlreiche Begleitseminare und Panels stattfinden. Zudem konnte auf dem Bundeskongress das 13.500 Mitglied begrüßt werden.

Vorsitz: Franziska Brandmann seit November 2021

Nach den herausfordernden Jahren der Corona-Pandemie konnte der Bundesverband der Jungen Liberalen e.V. im Jahr 2022 wieder zahlreiche Bildungsformate anbieten und die Mitgliederzahl stark steigern.

Das Amtsjahr der JuLis begann mit dem größten Bundeskongress in der Geschichte der Jungen Liberalen in Pforzheim. Über 800 junge Menschen aus ganz Deutschland haben nicht nur am 64. Bundeskongress in Pforzheim, sondern auch am 65. Bundeskongress in Kassel teilgenommen. Neben den 200 Delegierten konnten somit mehrere hundert politisch engagierte junge Menschen für die Teilnahme an dem Kongress gewonnen werden.

Die zwei Bundeskongresse waren jedoch nur ein Teil der politischen Bildungsarbeit, die vom Verband im Jahr 2022 durchgeführt wurde. So konnten auch zahlreiche Bildungsveranstaltungen durchgeführt werden. Erstmals wurde etwa ein Summercamp mit mehr als 100 jungen Menschen durchgeführt. In verschiedenen

Workshops wurden Inhalte zu den Themen Rechtsstaat, Jugend & Zukunft, Jugendbeteiligung vor Ort und Internationales erarbeitet. Zahlreiche Referentinnen und Referenten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft konnten dafür gewonnen werden. Weitere Veranstaltungen waren das Female Future Forum, ein Seminar, das besonders für junge Frauen ausgerichtet wurde und viele externe Gäste, wie etwa Unternehmerinnen, Autorinnen und Wissenschaftlerinnen anzog. Zudem richtete der Bundesverband ein Skill-Camp in Dresden aus, um den Verband weiter zu professionalisieren. Auch die Bundesarbeitskreise der Jungen Liberalen tagten regelmäßig zu unterschiedlichsten Themen, um neue inhaltliche Impulse für den Verband zu erarbeiten.

Als sehr erfolgreich haben sich auch die neuen Streaming-Formate erwiesen. Regelmäßig streamt der Bundesverband aus seinem Studio, das von Mitgliedern eigens designt und gebaut wurde. Dabei werden tagesaktuelle Themen aufgegriffen und sowohl mit liberalen Politikern als auch mit externen Gästen beleuchtet. So gab es beispielsweise Streams zur Bildungspolitik mit Bildungsinfluencer Daniel Jung und Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, einen Talk mit Justizminister Marco Buschmann, und einen Stream zur Fußball-WM in Katar, in dem auf die katastrophale Menschenrechtssituation in Qatar aufmerksam gemacht wurde. Besonders hervorzuheben ist, dass neben des Aufbaus des Studios auch die Planung, Betreuung und Durchführung der mehrstündigen Streams durch den Bundesvorstand und viele weitere ehrenamtliche Mitglieder umgesetzt wurde.

Während andere Jugendorganisationen unter sinken Mitgliederzahlen leiden, können die JuLis einen gegenläufigen, stark positiven Mitgliedertrend vorweisen. Insgesamt engagieren sich inzwischen fast 16.000 junge Menschen aus ganz Deutschland bei den Jungen Liberalen. Entsprechend hat sich der Bundesverband innerhalb von nur fünf Jahren verdoppelt •

BUNDESVERBAND LIBERALER MITTELSTAND

Vorsitz: Michael Dassler

Am **17.09.2022** wurde der neue Bundesvorstand gewählt. Bei der Veranstaltung in St. Leon Rot wurde Michael Dassler zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden Sandra Weeser, Gerald Ullrich und Angelika Hießlerich-Peter. Auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden wurde Sarah Zickler zur neuen Generalsekretärin gewählt.

Zu Beginn des Jahres 2022 startete die LIM-Vortragsreihe zum Thema Grundsteuerreform. Mit insgesamt 14 vor Ort Veranstaltungen und einer abschließenden Online-Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der FNS konnten wir so über 1600 Teilnehmende begrüßen. Die Vortragsreihe „Fachkräftemangel und Einwanderung“ mit MdB Prof. Stephan Seiter und MdB Gassner-Herz brachte Unternehmen und Politik in den Dialog.

Am **21. Juli 2022** fand die LIM-Veranstaltung „Frauen und Wirtschaft“ mit Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger statt.



Am **29. Juli 2022** war die SCHAUFLEER Academy in Rottenburg-Ergenzingen Veranstaltungsort eines hochkarätigen Info- und Netzwerk-Treffens von Mittelständlern, Außenhandelsexperten und Vertretern der ägyptischen Regierung. Beim „Wirtschaftsdialog Afrika – Kontinent im Aufbruch“ stand das nordafrikanische Land im Mittelpunkt. Der Wirtschaftsdialog ist ein Veranstaltungsformat, das der Liberale Mittelstand gemeinsam mit der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) ins Leben gerufen hat. Bislang waren die Länder Äthiopien und Eritrea zu Gast. Partner aus der Wirtschaft unterstützen die Veranstaltung.

Bei der Klausurtagung des LIM am **20./21.01.2023** in Berlin, wurde über programmatische Inhalte diskutiert. Erfreut waren wir über die Teilnahme der vielen Bundestagsabgeordneten.

Am **09.02.2023** fand eine Gesprächsrunde mit der Geschäftsführerin des BDSI (Bund Deutscher Süßwarenindustrie) in Berlin statt.

In Berlin fand **Ende März 2023** das „AFRICA GLOBAL BUSINESS SUMMIT“ statt. An diesem zweitägigen hochrangigen Wirtschaftsgipfel nahmen wirtschaftliche und politische Entscheidungsträger aus mehr als 35 Ländern des afrikanischen Kontinents, Europas, der USA, Großbritanniens, Asiens und des Nahen Ostens teil. Mit mehr als 30 Vorträgen und Diskussionspanels bot der „AFRICA GLOBAL BUSINESS SUMMIT 2023“ globalen Finanzakteuren, Investoren, Entwicklungspartnern und Unternehmern die einmalige Gelegenheit, zwei Tage lang die wichtigsten potenziellen Wachstumsbereiche Afrikas zu ermitteln und mit führenden Akteuren des afrikanischen privaten und öffentlichen Sektors aus verschiedenen Teilen der Welt zusammenzutreffen. Auch der Liberale Mittelstand Berlin nahm an diesem Kongress teil, um neue Märkte für den deutschen Mittelstand ausfindig zu machen.

Bei der anstehenden Auslandsreise der Generalsekretärin Sarah Zickler nach Brüssel (07. – 10.05.2023) werden Verbandstreffen u.a. mit dem BDI (Bund der Deutschen Industrie e.V), der DIHK (Deutsche Industrie und Handelskammer) und dem HDB (Hauptverband der Deutschen Bauindustrie) stattfinden.

Folgende Anträge wurden im Laufe der Sitzungsperiode beschlossen:

1. Freihandel schaffen, Freiheit erleben und Chancen erkennen!
2. Weiterentwicklung der Bluecard
3. Wirksame Entlastung des Mittelstandes jetzt

BUNDESVEREINIGUNG

LIBERALE FRAUEN

Vorsitz: Jacqueline Krüger

2021 und 2022 waren maßgeblich durch die coronabedingten Einschränkungen geprägt, viele vorgeplante Aktivitäten und Veranstaltungen konnten nicht durchgeführt werden. In Folge dieser Einschränkungen nahmen die digitalen Veranstaltungsformate wie auch Beratungsmöglichkeiten drastisch an Bedeutung zu. Der Bundesverband verstärkte seine Aktivitäten im Social-Media-Bereich sowie die Kooperationen mit anderen politischen Akteuren und Vorfeldorganisationen.

Im Rahmen einer Stellungnahme äußerten sich die liberalen Frauen zu den Koalitionsverhandlungen übermittelten den Vertretern der FDP Anregungen zu einzelnen Sachverhalten. Die Liberalen Frauen nahmen sowohl über die Beteiligung in den Bundesfachausschüssen und der Kommission, als auch durch eigene Anträge an der Gestaltung der Programmatik in der FDP teil. Dieser Anspruch gilt sowohl für die Programmatik der Bundespartei als auch für die Landesverbände. Ziel dieses Wirkens ist neben sachlicher Themensetzung und Debatte auch der Anspruch die Sichtbarkeit der politisch aktiven Frauen in der FDP zu erhöhen.

Bei den Wahlkämpfen im Berichtszeitraum beteiligten sich Mitglieder der Liberalen Frauen sowohl als Kandidatinnen vor Ort – und soweit die pandemiebedingten Auflagen dies zuließen – beim direkten Wahlkampf als Unterstützerinnen bei verschiedenen Aktionen.

2022 wurde ein neuer Vorstand gewählt und die Delegierungen in die Bundesfachausschüsse der FDP neu beschlossen – im Ergebnis konnte die Bundesvereinigung der Liberalen Frauen in alle Bundesfachausschüsse sowie in die Kommission Freiheit und Ethik Teilnehmerinnen entsenden. Mit dem Ziel einer Erhöhung des Frauenanteils in der Mitgliedschaft wie auch bei Ämtern und Mandaten der FDP arbeitet die Bundesvereinigung an einer besseren Vernetzung von Frauen sowie einer Unterstützung von Bewerberinnen und Kandidatinnen. Mit Blick auf Erhöhung des Frauenanteils in der FDP wie auch des Anteils von Frauen in Ämtern und Mandaten sehen wir weiteren Handlungsbedarf und stehen den Landesverbänden der FDP hier gern unterstützend zur Seite. Auf ihrer Mitgliederversammlung am 25.02.2023 beschlossen die Teilnehmer daher das Positionspapier „Mehr Frauen für die Freiheit“, das nachfolgend die Grundlage für weitere Impulse in die FDP legen soll und Basis der weiteren Arbeit der Liberalen Frauen sein wird.

Stellvertreterinnen: Heike Schaumann,
Anke Hillmann-Richter,
Henriette Pannow

Schatzmeisterin: Marie Elisabeth Kalb

Schriftführerin: Kirsten Cortez de Lobao

BUNDESVERBAND LIBERALE SENIOREN

Nach dem ersten digitalen Bundesparteitag bestimmte die Pandemie zunächst weiter unsere Arbeit. Präsenzsitzungen gehörten zur Ausnahme. Wir überarbeiteten unseren Flyer „Aktiv im Alter“ inhaltlich mit Blick auf die Bundestagswahlen und erweiterten den Titel auf „Aktiv in jedem Alter“. Damit betonten wir die Verbindung unserer Seniorenpolitik mit Generationenthemen und unseren Wunsch verstärkter Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen (Generationendialog). Der vorgesehene Generationengipfel fiel leider der Pandemie zum Opfer und wird nun im Frühjahr 2023 stattfinden. So arbeiteten wir schwerpunktmäßig am Bundestagswahlprogramm und brachten uns mit sechs Modulen ein, die in wesentlichen Teilen von der Programmkommission übernommen wurden. An der Vorbereitung der Koalitionsverhandlungen beteiligten wir uns u.a. mit Schwerpunktforderungen zur Altersvorsorge, Rentenbesteuerung, Antidiskriminierung, ehrenamtlichem Engagement, Wohnformen, lebensbegleitendem Lernen und Alternsmanagement, Arzneimittelversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung sowie altersgerechter Digitalisierung. Auf dem Deutschen Seniorentag in Hannover waren wir mit einem Informationsstand vertreten. Im Veranstaltungsprogramm zeigten Horst Friedrich zum Thema Grundrente und Dirk-Heinrich Heuer zur Nationalen Demenzstrategie die liberale Flagge.

Nach den Wahlen konnten wir die Zusammenarbeit mit dem seniorenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion Gregor Aggelidis nicht fortsetzen. Seine Sprecherfunktion blieb bis heute unbesetzt. Wir regen an, zeitnah wieder eine/n Sprecher/in für Seniorenpolitik einzusetzen. Dagegen sind die Kontakte mit Bundesgeschäftsführer Michael Zimmermann und Generalse-

ekretär Bijan Djir-Sarai MdB gut. Auf einer zweitägigen Klausurtagung in Berlin haben wir Ursachenforschung betrieben und einen Fahrplan zur Verbesserung der Kooperation mit Bundestag, Vorfeldorganisationen und Verbänden und Einrichtungen entwickelt. Dabei hat sich die pflegepolitische Fraktionssprecherin Nicole Westig MdB in besonderer Weise eingebracht.



Als Konsequenz aus den letzten Wahlergebnissen wurde mit Beteiligung der Liberalen Senioren ein AK Wählerkohorten eingerichtet, dessen Ergebnisse die Zielgruppenarbeit nun beflügeln sollen – unter Einbeziehung des Fraktionsarbeitskreises Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dessen Vorsitzenden Matthias Seestern-Pauly MdB und der Mitglieder Gyde Jensen MdB und Nico Tippelt MdB. •

BUNDESVERBAND LIBERALE HOCHSCHULGRUPPEN

Vorsitz: Benjamin Kurtz

In den Jahren 2021 bis 2023 stellte auch für die Hochschulpolitik die Corona-Pandemie eine einschneidende Erfahrung dar. Der anhaltende Hochschul-Lockdown unter der Regierung Merkel hat sich nicht nur auf den Studienerfolg und die mentale Gesundheit der Studierenden, sondern ebenso auf die politische Arbeit an den Hochschulen ausgewirkt. Viele unsere Gruppen mussten ihre hochschulpolitische Arbeit im Zuge geschlossener Hochschulen umstellen oder gar temporär einstellen. Als Bundesverband haben wir die Folgen der schwarz-roten Hochschulpolitik für Studierende kritisch beäugt und auf Konzepte für eine Wiederöffnung der Hochschulen gedrängt, um Studierenden ein Studium ohne Einschränkungen zu ermöglichen.

Auch wenn Corona in den letzten Jahren ein zentrales Thema war, hat sich der Bundesverband der Liberalen Hochschulgruppen als Sprachrohr der liberalen Studierenden an deutschen Hochschulen auch für andere Themen eingesetzt. Mit unseren bundesweiten Aktionstagen haben wir gemeinsam mit zahlreichen teilnehmenden Mitgliedsgruppen von 2021 bis 2023 Zeichen und Impulse gesetzt: mit Kundgebungen an vielen Hochschulorten gegen einen weiteren Betrieb von KPCh-finanzierten Konfuzius-Propagandainstituten, für eine gesicherte Studienfinanzierung durch elternunabhängiges BAföG, für Wissenschaftsfreiheit statt Zivilklauseln sowie für Sensibilisierung und Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen. In unserer programmatischen Arbeit haben wir auf unseren Kongressen und Bundesmitgliederversammlungen Konzepte für verschiedene hochschulpolitische Herausforderungen der

Zukunft entwickelt. Unsere Themen waren der Umgang mit den Folgen der Corona-Pandemie, zukunftsweisende Ansätze zur Digitalisierung an und von Hochschulen, Konzepte für barrierefreie und damit chancengerechte Hochschulen sowie Konzepte für krisenfeste und zukunftsfeste Studienfinanzierung.

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen versteht sich als hochschulpolitischer Impulsgeber der liberalen Familie, weshalb es uns wichtig war, in Gesprächen mit Ministerin Bettina Stark-Watzinger und ihrem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Jens Brandenburg diese studentischen Impulse in das liberal geführte Bildungs- und Forschungsministerium zu geben.

Alle Liberalen Hochschulgruppen haben sich über die Erfolge gefreut, die wir von 2021 bis 2023 an verschiedenen Standorten erzielt haben: Knapp zwanzig Prozent bei den Hochschulwahlen in Würzburg, über zwanzig Prozent bei den Wahlen in Münster und ein Rekordergebnis von 42 Prozent bei den Hochschulwahlen in Clausthal-Zellerfeld. Die bestehenden Gruppen sind aktiv und erfolgreich, und noch immer kommen neue dazu: Von 2021 bis 2023 durften wir zehn neu gegründete Liberale Hochschulgruppen im Verband begrüßen, von Furtwangen bis Lübeck, vom Saarland bis Erfurt.

Ganz besonders freuen wir uns darüber, dass wir im Januar 2023 mit einer Geburtstagsfeier das 35-jährige Bestehen des Bundesverbands Liberaler Hochschulgruppen feiern konnten. Damit sind wir der langlebigste liberale Studentenverband der deutschen Geschichte. Das sehen wir als Ansporn, auch in Zukunft weiter studentische Impulse in die Liberale Familie und die Hochschulpolitik einfließen zu lassen. •

BUNDESVEREINIGUNG LIBERALER KOMMUNALPOLITIKER

Vorsitz: Kai Abruszat

Kai Abruszat, Bürgermeister von Stewede, ist neuer Vorsitzender des VLK-Bundesverbandes. Die Bundesdelegiertenversammlung in Hannover wählte ihn im Oktober 2021 als Nachfolger von Judith Pirscher, die nach sechsjähriger Amtszeit nicht mehr kandidierte. Als Stellvertreter wurden Patrick Meinhard (Brandenburg), Fritz Haugg (Bayern) und Marcel Schiller (Niedersachsen) gewählt.

Katastrophenschutz und Cybersicherheit standen thematisch im Mittelpunkt dieser Delegiertenversammlung.

Die Bundesdelegiertenversammlung in Dresden behandelte die Digitalisierung in den Kommunen. Dazu berichtete OB Dirk Hilbert über die Umsetzung in der Landeshauptstadt.

Die Landesverbände der VLK engagieren sich intensiv für die Fort- und Weiterbildung ihrer Mitglieder.

Die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wurde fortgesetzt. Die Stiftung hat die Bedeutung der Fortbildung der Kommunalpolitiker erkannt und ihr Bildungsangebot vor Ort und digital für diesen Personenkreis erfreulich ausgeweitet.

Dies gilt auch für die AG Kommunalpolitik der FDP-Bundestagsfraktion. Hier wird der Vorstand der VLK in die Beratungen durch eine digitale Sitzungsteilnahme und schnelle Informationen über kommunalrelevante Entscheidungen eingebunden.

Die Bundes-VLK gibt die Fachzeitschrift „Das Rathaus“ in elektronischer Form heraus www.das-rathaus.de und verleiht den Engagementpreis „Das Liberale Rathaus“ als Wanderpokal. Der Kommunalpolitikerpreis „das liberale Rathaus“ wird für beispielhafte liberale Aktionen und Initiativen auf kommunaler Ebene vergeben. Bedingt durch die Pandemie ruhte dieser Bereich der Arbeit im Berichtszeitraum.



Die Mitgliederzahlen in den Landesverbänden sind insbesondere nach den Kommunalwahlen stark gestiegen. Auch über die Homepage des Bundesverbandes kamen zahlreiche Beitrittswünsche.

„Die VLK muss jünger und weiblicher werden“ war eine Forderung des Bundesvorsitzenden in Hannover. Erfreulich ist, dass mit Ramona Hoyer in Sachsen-Anhalt nach Carina Konrad in Rheinland-Pfalz eine weitere Frau den VLK-Landesverband führt. •

BUNDESVEREINIGUNG

LIBERALE SCHWULE UND LESBEN

Vorsitz: Michael Kauch

LiSL, die Liberalen Schwulen und Lesben, haben sich 2010 gegründet und haben bei ihrer Bundesmitgliederversammlung 2022 beschlossen, den Namen auf „Liberale Schwule, Lesben, Bi, Trans und Queer“ zu erweitern. Das spiegelt den erweiterten Anspruch wider, sich nicht nur für die Menschen- und Bürgerrechte von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen einzusetzen, sondern auch alle Teile der LSBTI*-Community in der Mitgliedschaft zu repräsentieren.

Als Verband für queere Freiheit gibt LiSL Impulse für die politische und parlamentarische Arbeit des organisierten Liberalismus. Mit aktiver Verbandsarbeit bauen wir Brücken zur LSBTI*-Community und ihren Organisationen. Unser Blick endet nicht an Deutschlands Grenzen. In Europa haben wir deshalb im Dachverband „LGBTI Liberals of Europe“ aktiv. Folgende Aktivitäten sind für 2021-2023 hervorzuheben:

- Die gemeinsame Kampagne von FDP, LiSL und Julis zu den Christopher Street Days konnte nach Corona-bedingten Einschränkungen 2020/2021 zuletzt im Jahr 2022 wieder im gewohnten Umfang stattfinden. An über 40 Standorten konnten wir etwa 120.000 Werbemittel verteilen und die Liberalen mit Infoständen und Demonstrationsteilnahmen sichtbar machen. Damit ist die CSD-Kampagne weiterhin die größte Kampagne der FDP außerhalb von Wahlkämpfen.
- Einen queerpolitischen Aufbruch konnte der LiSL-Bundvorsitzende Michael Kauch gemeinsam mit Katrin Helling-Plahr, Herbert Mertin und Martin Hagen in den Koalitionsverhandlungen im Bund erreichen. So wurde der Reformstau aufgelöst, den CDU/CSU zu verantworten hatten, und die Programmatik der FDP zu nötigen Gesetzesänderungen weitgehend durchgesetzt. Lediglich bei Leihmutterchaft und Eizellspende waren keine Kompromisse mit den Koalitionspartnern zu erreichen.
- Schwerpunkt der Arbeit von LiSL ist derzeit die Unterstützung der Umsetzung des Koalitionsvertrages – auch gegen Widerstände in Ministerien und Öffentlichkeit. LiSL drängt hier auf Tempo und das

Einhalten eingegangener Kompromisse, etwa bei den Väterrechten im Abstammungsrecht und beim Selbstbestimmungsgesetz.

- LiSL arbeitet eng mit der Bundestagsfraktion und mit der LSBTI-Arbeitsgruppe der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zusammen. Neben der Umsetzung des Koalitionsvertrages auf Bundesebene dient dies auch der Verbreitung guter Initiativen auf Landesebene.
- LiSL, SPD Queer und QueerGrün arbeiten im Format „Ampel Queer“ zusammen. Gemeinsam machen wir Druck, wenn es bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages hakt. So konnten wir gegen Widerstände aus dem Bundesinnenministerium erreichen, dass Deutschland bedrohte queere Flüchtlinge aus Afghanistan aufnimmt und das BAMF angewiesen wurde, Asylverfahren nicht mehr mit der Begründung abzulehnen, man könne seine sexuelle Identität im Heimatland doch verstecken.
- Das Wachstum von LiSL geht kontinuierlich weiter. Dies betrifft nicht nur die Mitgliederzahl, sondern auch die Organisationsstruktur. Im Berichtszeitraum wurden neue Landesverbände im Saarland und im Nordwesten (Niedersachsen/Bremen) gegründet. Aktuell ist Rheinland-Pfalz das letzte Bundesland ohne LiSL-Struktur.
- Nach Corona wurde die Arbeit der Landesverbände mit Präsenzformaten wieder aktiviert. Eine bundesweite Veranstaltungsreihe „Wo steht der queerpolitische Aufbruch“ wurde erfolgreich umgesetzt.
- Unser europäischer Dachverband LGBTI Liberals of Europe ist weiter gewachsen. Neben den Vollmitgliedern aus Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und der Ukraine sind nun Arbeitsgruppen von Parteien aus den Niederlanden, Österreich, Ungarn, Lettland, Litauen und Norwegen assoziierte Mitglieder.

Bei LiSL können alle liberal denkenden Menschen mitmachen, unabhängig von der sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität oder Mitgliedschaft in der FDP. Straight Allies sind als Verbündete ausdrücklich herzlich willkommen. •

Nähere Informationen unter lisl-deutschland.de, auf Facebook (LiSL Deutschland) oder Instagram ([lisl_bundesverband](https://www.instagram.com/lisl_bundesverband)).

Machen, was wichtig wird.

Jetzt die
Mitglieder-App
der Freien Demokraten
herunterladen.

mitgliederportal.fdp.de

Jetzt scannen und App laden!



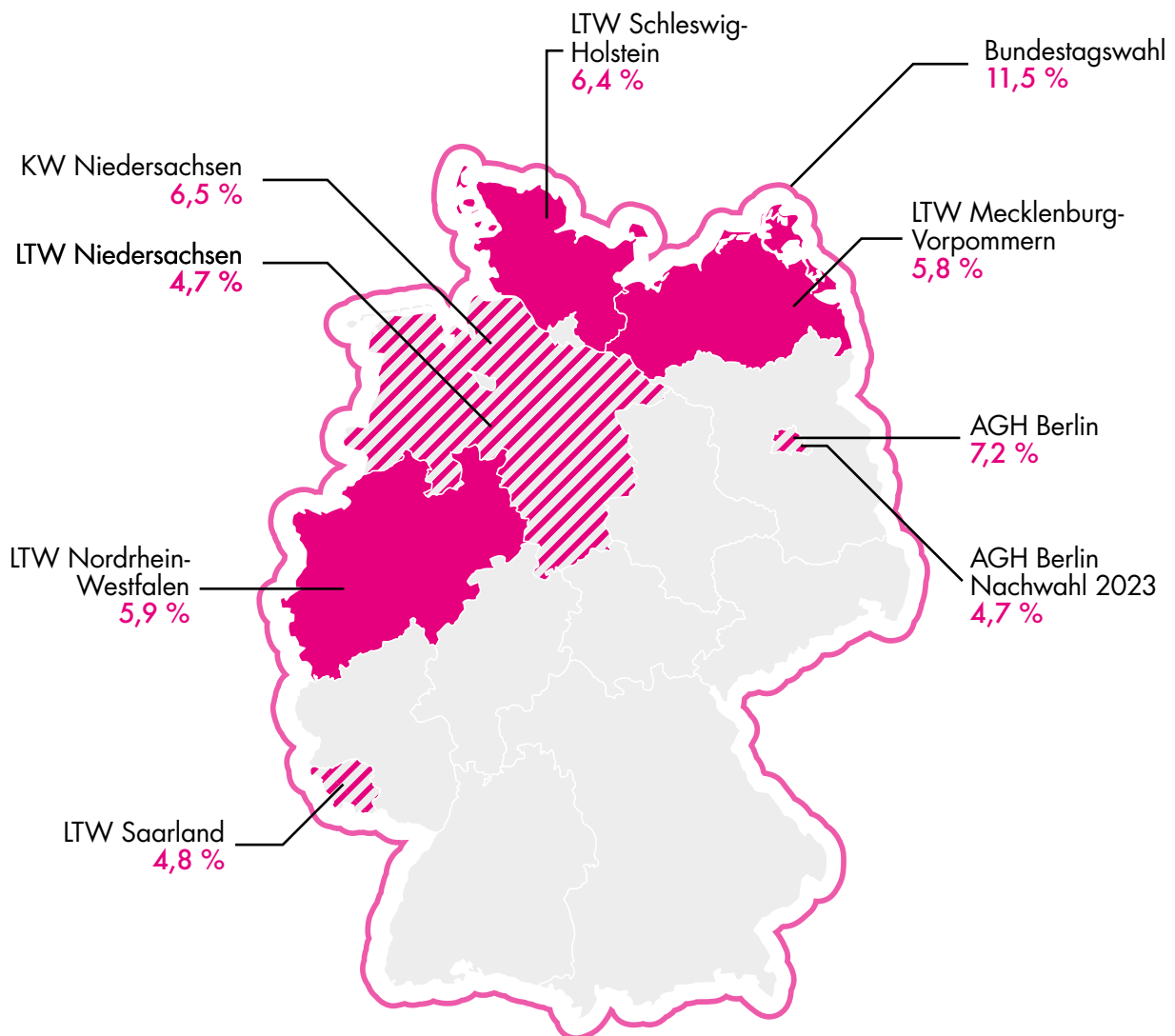
Play Store (Android)



App Store (iOS)

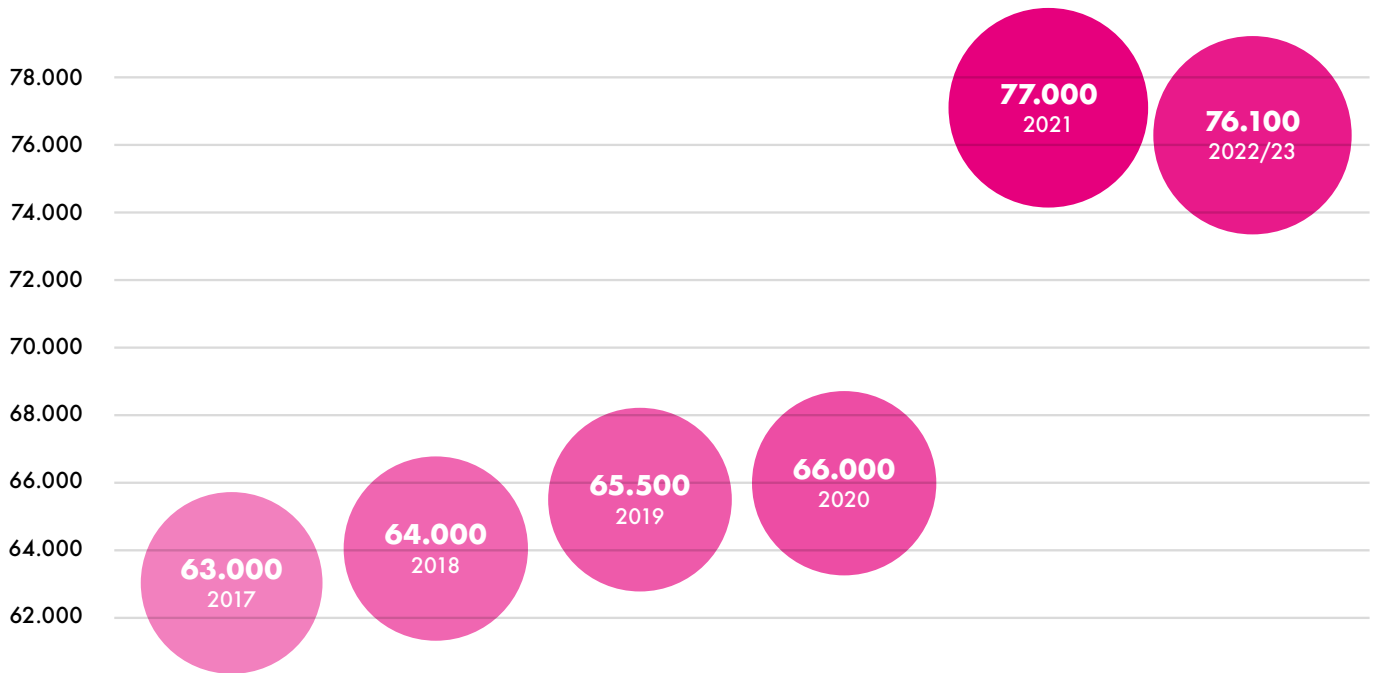


WAHLERGEBNISSE IM BERICHTSZEITRAUM MÄRZ 2021 BIS MÄRZ 2023



Wahl	Datum	Ergebnis
Kommunalwahl Niedersachsen	12.09.2021	6,5 %
Bundestagswahl	26.09.2021	11,5 %
Abgeordnetenhauswahl Berlin	26.09.2021	7,2 %
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern	26.09.2021	5,8 %
Landtagswahl Saarland	27.03.2022	4,8 %
Landtagswahl Schleswig-Holstein	08.05.2022	6,4 %
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen	15.05.2022	5,9 %
Landtagswahl Niedersachsen	09.10.2022	4,7 %
Abgeordnetenhauswahl Berlin (Nachwahl)	12.02.2023	4,6 %

MITGLIEDERTREND 2017 BIS 2022/23



Die Mitgliederzahl der Freien Demokraten im Jahr 2022 erweist sich als stabil. Sie betrug zum Jahreswechsel 2022/23 76.100. Die Mitgliederzahlen der vergangenen Jahre beliefen sich auf rund 64.000

Mitglieder in 2018, 65.500 Mitglieder in 2019, 66.000 Mitglieder in 2020 und 77.000 Mitglieder in 2021. In den vergangenen fünf Jahren konnte die FDP damit die Mitgliederzahl um über 12.000 Personen steigern.

MITGLIEDER NACH LANDESVERBAND 2022/23

Landesverband Gruppe	Mitgliederzahl zum 31.12.2022	Landesverband Gruppe	Mitgliederzahl zum 31.12.2022
Baden-Württemberg	9.659	Nordrhein-Westfalen	19.518
Bayern	8.623	Rheinland-Pfalz	4.813
Berlin	4.146	Saarland	1.065
Brandenburg	1.581	Sachsen	2.222
Bremen	478	Sachsen-Anhalt	1.236
Hamburg	2.119	Schleswig-Holstein	3.187
Hessen	7.417	Thüringen	1.261
Mecklenburg-Vorpommern	805	Bundesunmittelbare Mitglieder	132
Niedersachsen	7.440	Auslandsgruppe Europa	369

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE DER FREIEN DEM

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER

Michael Zimmermann

ASSISTENZ

Christina Nitz
christina.nitz@fdp.de

BÜROLEITUNG

Kathrin Pankrath
kathrin.pankrath@fdp.de

SACHBEARBEITUNG

David Feyer
david.feyer@fdp.de

Melanie Friebe

BÜRO DES BUNDESVORSITZENDEN

Christian Lindner MdB

BÜRO DES GENERALSEKRETÄRS

Bijan Djir-Sarai MdB

ASSISTENZ

Sarah Kleemann
sarah.kleemann@fdp.de

BÜROLEITUNG

Christopher van Loo
christopher.vanloo@fdp.de

BÜROLEITUNG

Christian Meier
christian.meier@fdp.de

REFERENT

Matthias Obermeier
matthias.obermeier@fdp.de

MANAGERIN SOCIAL MEDIA

Julia Black
julia.black@fdp.de

RECHT

JUSTIZIARIAT

Bundesschiedsgericht
Bundessatzungsausschuss
Dr. Hahn Rechtsanwaltskanzlei
thomas.hahn@fdp.de

KOMMUNIKATION UND KAMPAGNE

BEREICHSLEITUNG

Marie-Christine Götz

ASSISTENZ

Jeanette Stein
jeanette.stein@fdp.de

LEITERIN PRESSESTELLE & PRESSESPRECHERIN

Julia Jungmann
julia.jungmann@fdp.de

SENIOR MANAGER SOCIAL MEDIA

Kimberly Sondergeld
kimberly.sondergeld@fdp.de

STELLV. PRESSESPRECHER

Johannes Mellein
johannes.mellein@fdp.de

MANAGER SOCIAL MEDIA

Constantin Mitschelen
constantin.mitschelen@fdp.de

PRESSEREFERENT

René Richtscheid
rene.richtscheid@fdp.de

Maximilian Braunwarth
maximilian.braunwarth@fdp.de

MEDIENGESTALTER

Daniel Dombrovsky
daniel.dombrovsky@fdp.de

MANAGERIN KOMMUNIKATION

Navina Knoke
navina.knoke@fdp.de

STUDENTISCHE MITARBEITER/INNEN

Jasmin Berghöfer
Fabienne Buck
Eliah Flick
Maria Hummel

MANAGERIN KOMMUNIKATION

Stephanie Niedenhoff
stephanie.niedenhoff@fdp.de

GERIN
@fdp.de
n
@fdp.de
rth
rth@fdp.de
**DIGITALE
ON**
CAMPAGNE
f
@fdp.de

PROGRAMM UND ANALYSE

BEREICHSLEITUNG

Carsten Jäger

SENIOR REFERENTIN PROGRAMM & ANALYSE

Monika Mayer
monika.mayer@fdp.de

REFERENT PROGRAMM & ANALYSE / INTERNATIONAL OFFICER

Christian Noebel
christian.noebel@fdp.de

REFERENT PROGRAMM & ANALYSE

Julian Kuhl
julian.kuhl@fdp.de

REFERENT PARTEIENTWICKLUNG

Niklas Krieg
niklas.krieg@fdp.de

GREMIENBETREUUNG

Jenny Gernetzke
jenny.gernetzke@fdp.de

Denise Höfling

STUDENTISCHER MITARBEITER

Carl Wulf

WAHLKAMPFORGANISATION & VERANSTALTUNGEN

BEREICHSLEITUNG

Torsten Grau

EVENTMANAGERIN

Dana Rauf
dana.rauf@fdp.de

MANAGER WAHLKAMPF

Michael Iden
michael.iden@fdp.de

SACHBEARBEITUNG WAHLKAMPF

Daniel Djaziri
daniel.djaziri@fdp.de

ZENTRALES UND DIGITALISIERUNG

BEREICHSLEITUNG

Iris Fröba

ASSISTENZ UND MITGLIEDERVERWALTUNG

Bettina Gaudig
bettina.gaudig@fdp.de

PERSONAL UND FINANZEN

Ute Souayah
ute.souayah@fdp.de

RECHNUNGS- UND VERTRAGSWESEN

Katharina Riemann
katharina.riemann@fdp.de

PROJEKTMANAGERIN

Silvia Franke
silvia.franke@fdp.de

TECHNIK

Moritz Johannsen
moritz.johannsen@fdp.de

.....
Franz Jobst
franz.jobst@fdp.de

.....
Olaf Wendt
olaf.wendt@fdp.de

